

28

Gespräch des Staatssekretärs Bahr, Bundeskanzleramt, mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Moskau

Geheim

30. Januar 1970¹

Protokoll über den deutsch-sowjetischen Meinungsaustausch. 4. Gespräch (1. Gespräch Staatssekretär Bahrs) am 30. Januar 1970, 10 Uhr im sowjetischen Außenministerium.²

Teilnehmer: Gromyko, Falin, Tokowinin, Krascheninikow, Smirnow, Staatssekretär Bahr, Botschafter Allardt, Wolff, Peckert, Sanne

Gromyko: Bittet Bahr anzufangen.³

Bahr: Ich werde ganz offen sprechen, und ich meine, was ich sage. Bei einem Gespräch braucht man nicht jedes Wort auf die Goldwaage zu legen. Wir machen ja noch keine Texte. Ziel des Meinungsaustausches ist es, dahin zu kommen, über Texte zu reden. Daß es zu diesem Meinungsaustausch gekommen ist, ist vielleicht eine historische Situation, die wir nutzen wollen. Gegenwärtig sprechen die SU und die USA über SALT. Wir begrüßen das. Die SU hat die ESK vorgeschlagen.⁴ Wir begrüßen das. Die Entspannung in Europa wäre ohne eine positive Haltung der Bundesregierung sehr viel schwieriger. Es gibt Dinge, die nur die Bundesregierung tun kann. Die Bundesregierung muß dabei ihre schwache Position im Parlament im Auge behalten.

Was ist heute, 25 Jahre nach Hitlers Krieg, möglich? Man muß von dem ausgehen, was ist. Wir haben Verständnis dafür, daß die SU auf der ESK keine Fragen behandeln will, die heute noch nicht lösbar sind. Wir können heute das Verhältnis SU-Bundesrepublik normalisieren, wie wir das auch gegenüber

¹ Durchdruck.

² Egon Bahr notierte dazu im Rückblick: „Am 30. Januar ging es dann los. [...] Andrej Gromyko kommt als letzter und begrüßt mich wie einen alten Bekannten, erinnert an New York. Wir sitzen uns gegenüber, neben ihm Valentin Falin, den der Ruf eines harten Brockens umgibt, und weitere Mitarbeiter, darunter der Dolmetscher. Auf unserer Seite auch acht Personen, je vier aus Bonn und der Botschaft. [...] Ich will die starke innere Anspannung nicht verhehlen, nun mit dem dienstältesten Außenminister der Welt in den Clinch zu gehen. Die Höflichkeit, dem Gast das erste Wort zu geben, ist für den Gastgeber bequem. Ich spreche frei nach Notizen, denn die Atmosphäre einer Sondierung kann nicht entstehen, wenn wie bisher Texte verlesen werden, in denen jedes Wort vorher auf die Goldwaage gelegt worden ist. Außerdem entschlief ich mich, das gesamte Konzept sofort auszubreiten; alle schreiben eifrig mit, unsere Botschaftsleute sind nicht weniger gespannt, hören sie es doch auch zum erstenmal. Nachdem ich über eine halbe Stunde gesprochen und Gromyko fast ebenso lang geantwortet hatte, dachte er, das sei es; wie üblich würde die deutsche Seite nach Bonn berichten und neue Weisungen abwarten. Er war ziemlich erstaunt, daß ich sofort auf die Fragen einging, die er kritisch aufgeworfen hatte. Daraus entwickelte sich eine dreistündige Diskussion. Die erste Feuerprobe war bestanden.“ Vgl. BAHR, Zeit, S. 286 f.

³ Im Rückblick bemerkte Helmut Allardt, daß er Staatssekretär Bahr, Bundeskanzleramt, nach dessen Ankunft in Moskau mehrfach um Einsichtnahme in die Gesprächsinstruktionen gebeten habe. Bahr habe darauf geantwortet, es gebe keine schriftliche Weisung, da „alles mündlich vereinbart“ worden sei. Allardt führte dazu aus: „Meine Bemerkung, jetzt sei mir sein und Ehmkes Schweigen begreiflich, als ich Anfang Januar mit ihnen über den Fortgang der Diskussion mit Gromyko hatte sprechen wollen, quittierte er mit dem Hinweis, er und Ehmke seien zu dieser Zeit bereits entschlossen gewesen, den Delegationsführer zu wechseln.“ Vgl. ALLARDT, Tagebuch, S. 266 f.

⁴ Zu den sowjetischen Vorschlägen vom März bzw. April 1966 vgl. Dok. 7, Anm. 2.

den drei Westmächten gemacht haben. Dabei ist die Frage 53/107 der UNO-Satzung schon aufgeworfen worden. Worum geht es?

- 1) Es geht um eine politische Vereinbarung SU–BRD.
- 2) Es geht um eine politische Vereinbarung BRD–Polen, und es geht um die Grenzfrage der Oder-Neiße. Das wissen wir.
- 3) Es geht um die Aufnahme der Beziehungen zwischen uns und der DDR.

Das alles ist in den nächsten Monaten möglich. Das würde die Lage in Europa zum Besseren verändern. In diesem Sinne wollen wir den Status quo verändern. Wir sind gegen einen Status quo der Mißverständnisse, der Feindschaft, des Mißtrauens, der Beziehungslosigkeit und des Propagandakrieges.

Die Grenzen liegen da, wo sie sind. Wer Grenzen ändern will, ist verrückt, weil er den Krieg riskiert. Der Status quo ist die Grundlage unserer Sicherheit. Dazu kommen die besonderen Rechte der Vier Mächte für ganz Deutschland. Alles, was jetzt zu tun ist, darf nicht zur Minderung dieser Rechte der Vier Mächte führen, weil diese ihre Rechte behalten wollen. Das steht in Beziehung zur Frage des Verhältnisses DDR–BRD. Diese Beziehungen müssen „besonderer Art“ sein. Das ist zum Teil mißverstanden worden. Diese Besonderheit ist eine Realität, z.B. weil die Vier Mächte besondere Rechte und Pflichten in Deutschland haben. Auch gibt es keinen Friedensvertrag, also eine weitere Besonderheit, die in keinem andern Staat Europas anzutreffen ist.

Unsere Souveränität ist durch die Rechte der Vier Mächte gemindert. Beide deutsche Staaten gehören zu einer Nation. So steht es in beiden Verfassungen.⁵ Auch das ist unvergleichbar mit jedem anderen Staat in Europa. Diesem besonderen Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten muß man Rechnung tragen. Zuerst einmal muß man Beziehungen aufnehmen. Diese gibt es fast noch nicht. Wir können leichter mit Kambodscha als mit Ostberlin sprechen, mit dem wir auch keine Beziehungen haben.

Ich bin nicht hier, um über meine Landsleute im zweiten deutschen Staat zu klagen. Wir müssen die Beziehungen aufnehmen. Das sind in den meisten Fällen keine besonderen, sondern normale Beziehungen, z.B. daß man telefonieren, sich besuchen, kulturellen und sportlichen Austausch zwischen Organisationen und Delegationen haben kann. Man kann auch mit den Beziehungen zwischen den Regierungen anfangen, oder mit den besonderen Beziehungen. Ich habe nichts dagegen. Aber wir wollen sowohl die normalen wie die besonderen Beziehungen aufnehmen. Nicht das eine oder das andere. Die dazu erforderlichen Verträge müssen auf der Basis der Gleichberechtigung geschlossen werden und völkerrechtlich wirksam sein, wie Verträge mit jedem dritten Staat. Sie müssen also die gleiche Verbindlichkeit haben. Aber wir werden die DDR nicht völkerrechtlich anerkennen. Das kann man tun, auch wenn man einen Vertrag schließt. Wenn die USA und China einen Vertrag über Gefangenenaustausch geschlossen haben⁶, hat auch niemand gesagt, daß damit die Staaten-

⁵ Zu den Bestimmungen im Grundgesetz vom 23. Mai 1949 und in der Verfassung der DDR vom 6. April 1968 vgl. Dok. 12, Anm. 13.

⁶ Am 11. April 1953 unterzeichneten der Oberkommandierende der UNO-Streitkräfte in Korea, Clark, der Oberbefehlshaber der koreanischen Volksarmee, Kim Il Sung, und der Befehlshaber der chinesischen Volksfreiwilligen, Peng Teh-huai, ein Abkommen über den Austausch kranker und ver-

anerkennung vollzogen wurde. Man kann die völkerrechtliche Anerkennung nicht zufällig aus der Tasche verlieren, sondern sie setzt einen Willensakt voraus. Das ist zwischen der BRD und der DDR nicht möglich. Die Besetzten können nicht über die Sieger entscheiden. Wenn die Vier Mächte Rechte für ganz Deutschland haben, können die Teilstaaten keine völkerrechtliche Teilung Deutschlands beschließen. Dazu steht in beiden Verfassungen etwas über die Wiedervereinigung. Über diese Verfassungsvorschriften kann man nicht durch Anerkennung hinweggehen. Unsere Beziehungen sind daher solche besonderer Art.

Sie, Herr Gromyko, haben beim letzten Treffen eine Frage nach dem Ziel unserer Politik gestellt. Sie haben gefragt, ob wir bereit sind, nicht nur einen Gewaltverzichtungsvertrag (GV) abzuschließen, sondern ob wir auch bereit sind, die Absicht aufzugeben, Grenzen friedlich ändern zu wollen.⁷

Was sind die Ziele der Politik? Sozialisierung oder Demokratisierung der Welt sind zwei Ziele. Diese Ziele muß man jedem lassen. Man kann sie nicht durch Vertrag beseitigen. Aber man kann die Gewalt als Mittel der Politik ausschließen. Die Sowjetunion sagt, daß friedliche Koexistenz nicht mit ideologischer Koexistenz gleichzusetzen sei. So ist das auch bei uns. Jeder behält sein Ziel, die Bundesrepublik und die DDR. Die DDR will ein sozialistisches Deutschland und die Bundesrepublik soll verschwinden. Wir wollen die Selbstbestimmung für alle Deutschen. Lassen wir doch die beiden Staaten ihre Ziele haben, wenn sie nur nicht mit Gewalt verfolgt werden.

Ist das nicht unlogisch? Bedeutet das nicht, ein Interesse gegen die Wiedervereinigung zu schaffen? Die Geschichte wird diese Frage beantworten. Wir wollen die Perspektiven offenhalten, wie sie in den Verfassungen niedergelegt sind.

Die Wiedervereinigung ist politisch nur möglich, wenn alle Nachbarn zustimmen. Niemand weiß, wann das der Fall sein wird. Deshalb ist es nicht realistisch, über die Wiedervereinigung zu reden. Das ist nicht unser Punkt. Wir müssen von den Realitäten sprechen.

Die Bundesregierung ist bereit zu sagen, territoriale Integrität für jeden Staat in Europa. Wir verlangen von niemand, daß er seine Ziele aufgibt, weder BRD noch DDR, aber er darf sie nicht mit Gewalt verfolgen.

Wir kennen die Rolle der Sowjetunion im sozialistischen Lager. Es geht nicht ohne oder gegen sie. Wir wollen nichts hinter ihrem Rücken tun, bei voller Achtung der Souveränität der betreffenden anderen Regierungen, die wir nicht weniger achten als die Souveränität der Sowjetunion.

Da gibt es noch ein paar Fragen:

- a) Die Bundesregierung will gleiche Beziehungen zur Sowjetunion wie zu den drei Westmächten haben. Dabei muß man an 53/107 der UNO-Satzung denken.
- b) Gewaltverzicht zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion. Wir sind dafür, und wir sind auch dafür, einen Gewaltverzicht mit der DDR auszuhan-

Fortsetzung Fußnote von Seite 106

wundeter Kriegsgefangener. Ausgetauscht wurden 5100 Nordkoreaner und 700 Chinesen gegen 450 Südkoreaner, 120 Amerikaner und 30 Angehörige anderer Staaten. Vgl. dazu AdG 1953, S. 3948.

⁷ Zum Gespräch des Botschafters Allardt, Moskau, mit dem sowjetischen Außenminister am 23. Dezember 1969 vgl. AAPD 1969, II, Dok. 411 und Dok. 413.

Zu den von Gromyko gestellten Fragen vgl. auch Dok. 5.

deln. Ulbricht hat aber gesagt, das mache er erst, nachdem Bundesregierung und Sowjetunion einen Vertrag geschlossen haben.⁸ Was hält die sowjetische Regierung von der Zeitfolge? Was kommt wann?

c) Nachdem wir große wirtschaftliche Projekte begonnen haben⁹, stellt sich die Frage, ob wir nicht auch einen Handelsvertrag schließen sollen.

d) Bei Normalisierung unserer Beziehungen sollten wir den Propagandakrieg einstellen. Wie steht es damit?

Zum Schluß Berlin. Die Bundesregierung hat keine Kompetenzen in Berlin. Die Vier Mächte werden darüber verhandeln, nicht wir. Aber wir können darüber sprechen. Entspannung und Normalisierung in Europa muß Berlin mit einschließen. Berlin darf nicht Insel des Kalten Krieges bleiben. Das ist die Hauptsache. Wer darüber spricht, wir oder die Vier Mächte oder die Deutschen selbst, ist nicht so entscheidend.

Gromyko schlägt kurze Pause vor.

Sitzung wird um 11.25 [Uhr] wieder eröffnet.

Gromyko: Ich begrüße es, daß Herr Bahr gekommen ist. Ich begrüße es, daß die Bundesregierung ernsthaft zu verhandeln gedenkt. Wir gehen davon aus, daß die Bundesregierung seriös an die Probleme herangeht. Wenn das so ist, ist es gut.

Wir gehen an diese Fragen mit allem Ernst heran. Wenn wir über diese Fragen uns einig werden und ein Abkommen schließen könnten, würde das unsere Beziehungen und auch die Lage in Europa und nicht nur in Europa verbessern.

Ich möchte Ihnen sagen, daß es eine Reihe sehr wichtiger Fragen gibt, die man nicht umgehen kann. Man kann nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Wir wollen klar, offen und genau sprechen, damit wir wissen, woran wir sind.

Wir haben den Eindruck – er ist vielleicht noch nicht ganz genau –, daß Ihre Regierung glaubt, über einige Fragen nicht so dringlich sprechen zu müssen. Sie gehen an manches aus weiter Ferne heran. Uns fällt auf, daß zwischen dem, was hier gesagt wird und was man sonstwo dazu zu hören bekommt, keine Übereinstimmung besteht. Z.B. haben wir den Eindruck, daß die Bundesregierung glaubt, man könne die Grenzfrage in Europa umgehen, wenn auch nicht vollständig, so doch zum wesentlichen Teil. Wir haben dazu unseren Standpunkt dargelegt. Kurzum: Alles würde erleichtert, wenn die Bundesregierung die reale Lage anerkennen würde, die in Europa entstanden ist.

Manchmal klingt es danach. Auch Sie haben das zum Ausdruck gebracht. Aber Sie bleiben auf halbem Wege stehen. Die Anerkennung der Grenze und die Notwendigkeit, genaue Positionen zu finden, verbietet es, daß man auf halbem Wege stehen bleibt. Es gibt keine Halb- und Ganz-Grenze, keine Halb- und Viertel-Anerkennung.

Sie haben gesagt, daß volle Grenzankennung aus zwei Gründen schwer sei: 1) wegen der Potsdamer Rechte der Vier Mächte, 2) wegen des Wiedervereini-

⁸ Zu den Ausführungen des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht auf einer Pressekonferenz am 19. Januar 1970 in Ost-Berlin vgl. Dok. 12, Anm. 10.

⁹ Vgl. dazu die Verträge vom 1. Februar 1970 über die Lieferung von Erdgas und Röhren; Dok. 23, besonders Anm. 1.

gungsverweises in den beiden Verfassungen. Was die Vier Mächte angeht, so ist sichtbar, daß sie von zwei deutschen Staaten sprechen und davon, daß von Deutschland kein Krieg mehr ausgehen soll. Letzteres gilt aber, ob es einen oder ob es zwei deutsche Staaten gibt. Es ist eine Tatsache, daß es zwei deutsche Staaten gibt. Darüber brauchen wir nicht zu reden. Vor allem gilt der Potsdamer Vertrag mit der Festlegung, daß von Deutschland kein Angriff mehr unternommen werden darf.¹⁰ Das bleibt in Kraft. Daß es zwei deutsche Staaten gibt, ist eine Folge der anschließenden geschichtlichen Entwicklung. Der Verweis auf die Rechte der Vier Mächte ist kein Argument gegen die Realität des Bestehens von zwei deutschen Staaten. Ich stelle die Frage, ob Sie bereit sind, diese Realität zu 100 %, zu 25 % oder nur zu 10 % anzuerkennen.

Imponierend ist, was Bundeskanzler Brandt gesagt hat, daß bei der Gewaltverzichtsfrage die Grenzfrage nicht zu umgehen ist.¹¹ Sie ist wesentlicher Bestandteil des Gewaltverzichts. Hat die Bundesregierung die Absicht, hier bis zum Ende zu gehen? Das ist die Frage. Hier ist eine klare Antwort und eine präzise Stellungnahme nötig. Es genügt nicht, daß die Bundesrepublik Deutschland keine territorialen Forderungen an irgend jemand stellt. Man muß genau formulieren, daß die Bundesregierung nicht die Absicht hat, Grenzänderungen auch ohne Gewalt anzustreben. Hat die Bundesregierung diese Absicht, ist das eine Situation, hat sie nicht diese Absicht, ist es eine andere Situation. Dies deshalb, weil dann zunächst politische Forderungen auf Grenzberichtigungen gestellt werden. Später folgen dann die Waffen. Das kennt man. Auch wer nicht mit einer solchen Entwicklung einverstanden ist, kann Opfer der Ereignisse werden, und dann gibt es Krieg. Gleich nach dem Ersten Weltkrieg hat man nicht geglaubt, daß es wieder solche Entwicklungen geben kann. Grenzforderungen werden zuerst als ein respektables Ziel ausgegeben. Sie haben das so hingestellt, als ob es sich um eine Sache zwischen Sozialismus und Kapitalismus handelt. Es ist klar, daß kapitalistische Außenpolitik ihre Positionen halten wird wie auch die kommunistische Außenpolitik die ihren, die wünscht, daß die Welt sozialistisch werde. Solche allgemeinen Positionen verändern keine Grenzen. Allgemeine Zielvorstellungen sozialistischer oder kapitalistischer Art können klare Äußerungen zu Grenzfragen nicht ersetzen. Ich bitte Sie, das zu beachten.

Uns fällt ein weiterer Unterschied zwischen offizieller Erklärung der Bundesregierung und dem tatsächlichen Handeln ihrer Vertreter auf. Sie reden davon, keinen Alleinvertretungsanspruch stellen zu wollen, und Brandt hat den Alleinvertretungsanspruch im Bundestag nicht bestätigt. Ihre Botschafter im Ausland handeln aber anders. So z. B. beim Kongreß der Internationalen Post-

¹⁰ In Abschnitt III des Kommuniqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) wurde festgelegt: „Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet, und die Alliierten werden einvernehmlich jetzt und in Zukunft gemeinsam die sonstigen erforderliche Maßnahmen treffen, um sicherzustellen, daß Deutschland nie wieder seine Nachbarn und den Weltfrieden bedroht.“ Vgl. DzD II/1, S. 2106.

¹¹ Am 14. Januar 1970 nannte Bundeskanzler Brandt in der Regierungserklärung zum Bericht über die Lage der Nation im gespaltenen Deutschland Grundsätze für Gespräche mit der DDR über einen Gewaltverzicht. So sollten die „allgemein anerkannten Prinzipien des zwischenstaatlichen Rechts gelten, insbesondere der Ausschluß jeglicher Diskriminierung, die Respektierung der territorialen Integrität, die Verpflichtung zur friedlichen Lösung aller Streitfragen und zur Respektierung der beiderseitigen Grenzen“. Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 71, S. 846.

union in Tokio.¹² Auch anderswo nehmen Ihre Botschafter gegen die Anerkennung der DDR in den Gastländern Stellung.

Da redet Ihr immer davon, Konzessionen, so z.B. in Grenzfragen, gegenüber der Sowjetunion zu machen, die einseitige Zugeständnisse seien. Welche Zugeständnisse sind es denn, wenn man etwas aufgibt, was man nicht hat? Welche Zugeständnisse können Sie heute machen, wenn Sie von den Realitäten sprechen? Wer die Realität anerkennt, macht keine Zugeständnisse. In dieser Vorstellung ist keine Dialektik, sie ist real. Ich wiederhole: Wer die Realität anerkennt, macht keine Zugeständnisse.

Es wäre gut, wenn es keine Grenzfrage gäbe. Es wäre gut, wenn alle Leute alle Grenzen achten würden. Aber das ist in Europa nicht so. Sie wissen, worum es sich handelt. Wir wollen, daß Sie diese Frage betrachten vom Standpunkt anderer Staaten aus. Im Bundestag haben wir Brandt so verstanden, daß die Wiedervereinigung keine praktische politische Frage ist. Wir hoffen, daß darin eine Anlehnung an eine mehr realistische Betrachtungsweise in Europa zu sehen ist. Aber Sie wollen mit Ihrer Logik, daß es keinen Friedensvertrag und keine Grenzankennung geben soll. Ungeklärte Grenzfragen aber sind Herde künftiger Gefahr.

Falin: Was ist ein Gewaltverzichtsabkommen, wenn die Grenzfrage offen bleibt? Soll ein solches Abkommen über kulturelle, technische und wissenschaftliche Beziehungen gehen, entstehen keine wegen Streitfragen des Balletts oder der Futtermittelzuteilung?

Gromyko: Die Grenzfrage wurde endgültig im Potsdamer Abkommen entschieden. Der Verweis auf den Friedensvertrag im Potsdamer Abkommen¹³ bedeutet nur, daß dort das in Potsdam Beschlossene bestätigt werden soll. Wer anders denkt, lebt in den Wolken.

Auch ohne Friedensvertrag haben Sie Grenzabkommen mit Belgien¹⁴, den Niederlanden¹⁵ ohne Hinweis auf den Friedensvertrag geschlossen. Sie, Herr Bahr, haben ergänzt, was Herr Allardt gesagt hat, nämlich, daß die Bundesregierung die territoriale Integrität auch der DDR anerkennt. Darin sind positive Elemente. Aber es ist unbestreitbar, daß diese Formulierung nicht alles umfaßt, was man sagen sollte und was vor der Tür steht. Ich bitte Sie, hierüber weiter nachzudenken.

¹² Vom 1. Oktober bis 14. November 1969 fand in Tokio der XVI. Weltpostkongreß statt. Am 29. August 1969 legte Vortragender Legationsrat Schönfeld dar, daß die Bundesregierung eine „weltweite Demarche“ unternommen habe mit der Absicht, „alle politischen Vorstöße der osteuropäischen Länder zur Einbeziehung des Regimes des anderen Teil Deutschlands in den Weltpostverein, einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen, abzuwehren“. Vgl. Referat I C 1, Bd. 569.

¹³ Zu den Bestimmungen in Abschnitt IX des Kommuniqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen) vgl. Dok. 12, Anm. 26.

¹⁴ Vgl. das Abkommen vom 24. September 1956 zwischen der Bundesrepublik und Belgien über eine Berichtigung der deutsch-belgischen Grenze und andere die Beziehungen zwischen beiden Ländern betreffende Fragen; BUNDESGESETZBLATT 1958, Teil II, S. 263–290.
Vgl. ebenso das Protokoll vom 6. September 1960 zur Festlegung des Verlaufs der deutsch-belgischen Grenze; BUNDESGESETZBLATT 1960, Teil II, S. 2329–2348.

¹⁵ Vgl. den Vertrag vom 8. April 1960 zwischen der Bundesrepublik und den Niederlanden über den Verlauf der gemeinsamen Landgrenze, die Grenzgewässer, den grenznahen Grundbesitz, den grenzüberschreitenden Binnenverkehr und andere Grenzfragen (Grenzvertrag); BUNDESGESETZBLATT 1963, Teil II, S. 463–601.

Gromyko: Vielleicht können Sie eine grundlegendere Position beziehen. Wir verstehen Ihre innere Lage, aber bitte verstehen Sie auch unsere Lage. Wir brauchen verpflichtende Erklärungen, die unabhängig vom Wechsel der Regierungen gelten. Bei Fragen über Krieg und Frieden können realistischere Einschätzungen der Regierungen (im Parlament) keinen Schaden bringen. Wir haben die Grenzfrage genau formuliert. Bedeutet es, daß die Bundesregierung keinerlei territoriale Ansprüche stellt, nicht nur, daß sie auf Gewaltanwendung verzichtet, sondern auch auf Änderung der Grenzen, die nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden sind? Ich bitte, diese präzise Frage nicht mit dem Kampf der beiden sozialen Systeme zu vermischen. Sinn unserer Besprechung ist es, daß es nicht zum Krieg kommt. Unsere Frage bezieht sich darauf, wie man im Frieden lebt. Trotz ihrer Erklärung über die territoriale Integrität behält meine Frage ihre Bedeutung. Bitte mehr Klarheit. Wir brauchen eine präzise Position in dieser entscheidenden Frage zur Entspannung, in dieser Frage über Krieg und Frieden. Sind Sie bereit, auf Grenzänderungen zu verzichten? Wenn Sie soviel Optimismus und Vertrauen in Ihre Politik haben, dann seien Sie in der Grenzfrage konkret. Überlegen Sie, ob Sie nicht mehr tun können, als bisher. Vielleicht überschätzen Sie die Möglichkeiten Ihrer Politik. Es war beachtlich, was Brandt zu Kiesinger sagte: „Was wir verloren haben, holen wir mit Rabulistik nicht mehr zurück“.¹⁶ Das war ein scharfer Pfeil.

Zweite Frage: Was bedeutet die Achtung der territorialen Integrität durch die BRD, darunter auch die territoriale Integrität der DDR? Was ist die BRD? Reden sie von der BRD in ihren heutigen Grenzen von 1970 oder in den Grenzen von 1937? Niemand verlangt, daß die BRD auf Teile ihres Territoriums verzichtet. Aber wie steht sie zu den Grenzen anderer Staaten? Wir haben die zweite Frage formuliert, um Ihre Logik zu verstehen.

3) Zu Westberlin: Sie haben gesagt, daß die BRD keine Kompetenzen in Westberlin habe. Das ist eine Annäherung an unseren Standpunkt. Aber ihre praktische Politik ist anders. Ich werde aus wohlverstandenen Gründen das Thema nicht voll entwickeln. Sie kennen unseren Standpunkt. Wir wollen, daß die BRD mit breiterem Interesse an diese Frage herangeht, nicht so eng, wie manche Politiker das tun. Wir kennen Ihre Verfassung. Wie sehen Sie die Verfassungslage in Beziehung zum GV?

4) Verhältnis BRD–DDR. Sie werden in direkten Verhandlungen mit der DDR Ihre Position darlegen, aber die grundsätzliche Position interessiert uns auch, und Sie wissen warum. Sehen die Politiker der BRD, wie widersprüchlich Ihre Politik ist? Sie sagen einerseits, sie würden keinen Alleinvertretungsanspruch erheben. Die Praxis ist anders. Die Bundesregierung sagt, es gibt zwei deutsche Staaten. So Brandt im Bundestag.¹⁷ Das ist positiv. Wir glaubten, nun würde

¹⁶ Am 16. Januar 1970 antwortete Bundeskanzler Brandt in der Aussprache über den Bericht zur Lage der Nation im gespaltenen Deutschland auf Ausführungen des ehemaligen Bundeskanzlers Kiesinger: „Jawohl, Herr Kollege Kiesinger, es geht, wie Sie gesagt haben, auch um das Vaterland unserer Söhne und Enkel [...]. Trotzdem, dies ist auch das Vaterland unserer Väter. Bei allem Respekt vor ihnen: was die Väter verloren haben, das werden wir durch keine noch so schöne Rhetorik und durch keine noch so geschliffene Juristerei zurückgewinnen.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTS, Bd. 71, S. 952.

¹⁷ Vgl. dazu die Äußerung des Bundeskanzlers Brandt am 28. Oktober 1969 im Bundestag: „Auch wenn zwei Staaten in Deutschland existieren, sind sie doch füreinander nicht Ausland; ihre Beziehun-

diese Position zum logischen Ende geführt. Plötzlich wird eine zweite These aufgestellt, daß die DDR zwar ein Staat sei, ein Territorium habe und – so Brandt – die BRD ihre Grenzen achten wolle, die DDR aber kein Staat im völkerrechtlichen Sinne sei. Das Wort Staat bedeutet ausschließlich den Begriff Staat im völkerrechtlichen Sinne. Es gibt im Rechtssinne keine Staaten 1. und 2. Klasse. Es gibt keine Halbstaaten. Es gibt keine halb souveränen Staaten. Die Souveränität ist unteilbar. Die englischen Kolonien hatten Elemente der Selbstverwaltung, dann aber wurden sie 100 % souverän. Souveränität ist ein Qualitätsbegriff, kein Quantitätsbegriff. Für Sie aber ist die DDR sowohl Staat als auch Nicht-Staat. Die BRD zählt sich zu den souveränen Staaten und zählt die DDR nicht dazu. Wir halten Sie für souveräner als Sie sich selbst. Sie stellen die Frage der „besonderen Beziehungen“. Sie sagen, daß die DDR nicht voll souverän sei, und Sie sagen das vielleicht auch von sich selbst. Haben Sie nicht Positionen, die Sie noch nicht eingesetzt haben? Angenommen Sie sagen, die DDR sei kein Staat im völkerrechtlichen Sinne, würde das die DDR hindern, etwas zu tun oder etwas zu unterlassen? Was haben Sie denn von Ihrer These, daß die DDR kein Subjekt des Völkerrechts ist? Das nützt Ihrer Politik doch nichts. Bitte überlegen Sie, was haben Sie noch für Reserven?

Wenn wir an dem Thema kein Interesse hätten, würden wir nicht so viel fragen, sondern Ihnen einen Entwurf vorlegen, den Sie annehmen oder ablehnen und damit basta. Aber wir wollen mit Ihnen die Beziehungen verbessern. Betrachten Sie die Lage in Europa doch von einer höheren Warte.

Bahr: Ich glaube, daß wir nicht weit auseinander sind. Es scheint mir genügend Raum für Übereinstimmung zu bestehen. Der Bundeskanzler hat zu einem beachtlichen Teil den Erfolg seiner Regierung vom Erfolg dieser Gespräche abhängig gemacht.

Die Sitzung wird um 13 Uhr unterbrochen.

Nachmittagssitzung 15 Uhr

Teilnehmer wie vormittags.

Bahr: Ich sehe drei Komplexe:

- 1) Grenzen
- 2) Beziehungen DDR–BRD
- 3) Berlin

Gromyko: Ja, so könnte man ungefähr sagen.

Bahr: Ich stimme Herrn Gromyko zu, daß wir klar sehen müssen, daß es um Krieg und Frieden geht und daß vom deutschen Boden, d. h. von der BRD und von der DDR kein Krieg ausgehen darf. Ich glaube nicht an eine Kriegsgefahr. Die BRD ist durch ihre Zugehörigkeit zur NATO unfähig, selbst Krieg zu führen und im übrigen auch nicht willens, dies zu tun. Unsere gegenseitigen Befürchtungen sind vielleicht unnötig. Melnikow sagt, daß der Friede heute Sache des globalen Gleichgewichts sei. Noch gebe es Interkontinentalraketen, die Atom-

Fortsetzung Fußnote von Seite 111

gen zueinander können nur von besonderer Art sein.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 71, S. 21.

granaten sind keine Fortsetzung der Artillerie. Für den Frieden in Europa sorgen stärkere Mächte als die Bundesregierung und die DDR.

Zu den Grenzen: Die BRD geht von ihrem Territorium des Jahres 1970 aus und von keinem anderen. Ein GV-Vertrag ist ein anderes Wort für Grenzvertrag. Die BRD hat keine territorialen Ansprüche und will sich kein anderes Territorium einverleiben mit einer Ausnahme: Die Zielvorstellung der Wiedervereinigung erstreckt sich auf die beiden deutschen Staaten in ihrem gegenwärtigen Besitzstand. Diese Wiedervereinigung wollen beide deutsche Staaten. Das ist kein Thema für uns beide hier. Die Geschichte werde das beantworten. Die Qualität des GV gegenüber der DDR ist die gleiche wie gegenüber jedem anderen Staat.

Die Grenzverhandlungen mit Belgien und den Niederlanden haben keinen Bezug zum Friedensvertrag. Dasselbe kann man beim GV machen. Im Deutschlandvertrag sind die Beziehungen zwischen uns und den Drei Mächten geregelt. Das muß um des Gleichgewichts willen so bleiben. Die Drei Mächte erkennen die Souveränität der BRD über ihre eigenes Territorium, nicht darüber hinaus über Gesamtdeutschland an. Die Drei Mächte anerkennen keine Souveränität der BRD, über die deutschen Grenzen eines künftigen Deutschland zu entscheiden. Auch die Verträge mit¹⁸ Belgien und den Niederlanden stehen daher unter dem Vorbehalt des Friedensvertrages. Die europäischen Staaten würden die deutsche Einheit bei unregelmäßigten Grenzen nicht zulassen. Im GV kann gesagt werden, daß die Bundesregierung keine territorialen Ansprüche gegen jemand hat.

Gromyko: Meinen Sie „und nicht hat und haben wird“ oder „und nicht hat und nicht haben darf“? „There are not“, „there will not be“ oder „there may not be“?

Bahr: Will not be.

Nehmen Sie an, die Wiedervereinigung dauert noch 20 bis 30 Jahre. Ist es nicht gut, eine Regelung zu treffen, die a) 20 und 30 Jahre Ordnung gibt, b) später bestätigt wird. Wir nennen das nicht Grenzankennung, sondern Gewaltverzicht und territoriale Integrität.

Gromyko: Sie sind aber nicht bereit, die Absicht der Grenzveränderung in Zukunft auszuschließen. Gehen Sie über diese Hürde?

Bahr: Nein, ich kann nicht, und niemand kann über die Verfassung hinausgehen. Wir geben die Absicht zur Wiedervereinigung nicht auf. Das geht nicht, und das hätte auch keine Wirksamkeit. Die einzige Grenze, die wir ändern wollen, ist die Grenze zur DDR. Es ist das Ziel beider Staaten (mit umgekehrten Vorzeichen), ihre Existenz zu beenden, zu verschwinden. Das kann gefährlich sein. Deshalb sollen sich beide Staaten zum Gewaltverzicht verpflichten.

Wir haben Flüchtlinge in Deutschland, das sind Leute, die Sie Revanchisten nennen. Auch die haben auf Gewalt verzichtet¹⁹, trotz der Sonntagsredner. Das Problem wird immer kleiner. Es wird aussterben. Ich kann das Problem der

¹⁸ Korrigiert aus: „zwischen“.

¹⁹ Vgl. dazu die Charta der deutschen Heimatvertriebenen vom 5. August 1950; DOKUMENTE ZUR SÜDETENFRAGE, S. 24 f.

Heimatvertriebenen gut verstehen. Meine Familie kommt aus Schlesien, aber die wollen nicht mehr dorthin zurück.

Gromyko: Sind alle so vernünftig wie Ihre Verwandten?

Bahr: Es gibt weniger Verrückte, als man glaubt.

Gromyko: Um Ihre Position zu Berlin richtig zu verstehen: Sie sagen, Sie haben keine Ansprüche, daß Sie die Grenze anerkennen, wie es Herr Brandt ausdrückt, die territoriale Integrität achten, wie Sie sagen. Aber bei Westberlin machen Sie eine Ausnahme. Glauben Sie, daß wir so etwas annehmen? Wollen Sie auch die Grenzen von Westberlin anerkennen? Da will ich volle Klarheit haben.

Bahr: Berlin ist ein Sonderproblem. Sie sagten heute, daß Berlin in der Verfassung als Teil der Bundesrepublik steht.²⁰ Das stimmt. Und das bleibt auch so. Das steht auch in der Verfassung von Berlin.²¹ Das stimmt, und auch das bleibt so stehen. Darüber aber gibt es eine höhere Souveränität. Die Drei Mächte haben diese Bestimmungen suspendiert.²² Sie gelten also nicht. In Berlin gelten die ursprünglichen Rechte der Drei Mächte. Berlin gehört nach übergeordnetem Recht nicht zur Bundesrepublik. Das soll auch so bleiben. Bundeskanzler Brandt sagte dazu, unsere Schultern sind zu schmal.²³ Wir wollen den Status von Berlin nicht ändern, solange es die Deutsche Frage, solange es die Bundesrepublik Deutschland gibt. BRD-Gesetze gelten nicht in Berlin, sofern das Berliner Stadtparlament sie nicht neu beschließt. Die Drei Mächte können jeden Beschluß mit Veto belegen, so z.B. den über die Bundeswasserstraßen. Auch die Wehrgesetze²⁴ gelten in Berlin nicht, aber die Drei Mächte haben die Bundesregierung beauftragt, für den Ausgleich des Berliner Etats zu sorgen.²⁵ Wirtschaftlich, kulturell, zivilrechtlich und finanziell ist Westberlin voll in die Bundesrepublik integriert. Dagegen hat auch die Sowjetunion nichts und hat es als Realität angesehen. Die Drei Mächte haben die Bundesregierung beauftragt, Westberlin nach außen zu vertreten.²⁶ Die Sowjetunion widerspricht, obwohl es allen klar ist, daß Berlin nicht Teil der Bundesrepublik ist. Auch Liech-

²⁰ Für den Wortlaut des Artikels 23 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 vgl. Dok. 12, Anm. 13.

²¹ In Artikel 1, Absatz 2 und 3 der Verfassung von Berlin vom 1. September 1950 wurde festgelegt: „Berlin ist ein Land der Bundesrepublik Deutschland“ und: „Grundgesetz und Gesetze der Bundesrepublik Deutschland sind für Berlin bindend.“ Vgl. VERORDNUNGSBLATT FÜR GROSS-BERLIN 1950, Teil I, S. 433.

²² Zum Vorbehaltsschreiben der Drei Mächte vom 12. Mai 1949 vgl. Dok. 12, Anm. 19. Am 29. August 1950 verfügte die Alliierte Kommandantur der Stadt Berlin, daß die Absätze 2 und 3 des Artikels 1 der Verfassung von Berlin vom 1. September 1950 „zurückgestellt“ werden. Für das Schreiben BK/O (50) 75 vgl. VERORDNUNGSBLATT FÜR GROSS-BERLIN 1950, Teil I, S. 440.

²³ Für die Äußerung des Bundeskanzlers Brandt am 14. Januar 1970 in der Regierungserklärung zum Bericht über die Lage der Nation im gespaltenen Deutschland vgl. Dok. 11, Anm. 12.

²⁴ Für den Wortlaut des Gesetzes vom 19. März 1956 zur Ergänzung des Grundgesetzes (Wehrgesetz) vgl. BUNDEGESETZBLATT 1956, Teil I, S. 111–113.

²⁵ Vgl. dazu Ziffer 16 des Dritten Gesetzes vom 11. Mai 1956 zur Änderung des Gesetzes vom 4. Januar 1952 über die Stellung des Landes Berlin im Finanzsystem des Bundes (Drittes Überleitungsgesetz): „1) Solange das Land Berlin am Finanzausgleich unter den Ländern nicht teilnimmt, erhält es zur Deckung eines auf andere Weise nicht ausgleichenden Haushaltsfehlbedarfs einen Bundeszuschuß. Zur Deckung eines außerordentlichen Bedarfs für den Wiederaufbau Berlins gewährt der Bund Darlehen, wenn eine anderweitige Darlehensaufnahme dem Land Berlin nicht zugemutet werden kann oder aus sonstigen Gründen nicht möglich ist.“ Vgl. BUNDEGESETZBLATT 1956, Teil I, S. 420.

²⁶ Zum Schreiben der Drei Mächte vom 26. Mai 1952 in der Fassung vom 23. Oktober 1954 vgl. Dok. 11, Anm. 11.

tenstein ist nicht Teil der Schweiz. Wenn wir für eine gewisse Zeit normale Zustände in Europa schaffen wollen, muß das auch für Berlin gelten, soweit diese Abnormalität normal gemacht werden kann, so im Zugang, im Verkehr. Darüber haben wir nicht zu verhandeln. Aber so sehen wir das Problem, solche Lösungen wünschen wir, egal, wer sie aushandelt.

Gromyko: Kann ich daraus schließen, daß die Bundesrepublik auch die Westberliner Grenze achtet einschließlich der territorialen Integrität? Wir betrachten Westberlin als unabhängige politische Einheit.

Bahr: a) Die Verfassung bleibt, b) die Verfassung bleibt außer Kraft.

Gromyko: Wir wollen Ihre Verfassung nicht auffressen.

Bahr: Wir wollen doch keinen Gewaltverzicht mit Westberlin. Was die Vier Mächte dort beschlossen haben, wollen wir nicht ändern.

Gromyko: Das ist wichtig. Angenommen, wir schließen einen Vertrag, dann bleibt Westberlin, die Bundesrepublik in den Grenzen von 1970 ist gut, aber mit oder ohne Berlin? Wenn darüber keine Klarheit besteht, würde der Rest unserer Vereinbarung auch nichts taugen. Es gibt verschiedene Stimmen zu dieser Frage in der BRD. Deshalb wollen wir volle Klarheit. Ich erinnere daran, daß es internationale Vereinbarungen über Berlin gibt.

Bahr: Diese Frage kann einer Einigung entgegenstehen. Am Status soll sich nichts ändern. Was sind denn die Realitäten? Westberlin ist nicht Teil der Bundesrepublik. Westberlin ist wirtschaftlich voll integriert, ist Teil des Währungsgebietes DM West, entsendet Abgeordnete mit Spezialstatus ohne Stimmrecht im Bundestag. Das kann man doch verbessern. Aber die Bundesregierung will nichts an den Realitäten ändern, daß die Drei Mächte die oberste Gewalt haben und behalten. Diese besondere Lage wird bleiben, solange es zwei deutsche Staaten gibt. Wir können die Lage verbessern, soweit es die Drei Mächte gestatten, in Verhandlungen mit der DDR.

Gromyko: Berlin hat einen besonderen Status. Ist Berlin mit den Prinzipien des Gewaltverzichtsvertrages gemeint? Ja oder nein? Bitte nachdenken!

Bahr: Ich kann antworten. Die Beziehungen zu Berlin sind identisch mit den Beziehungen zur DDR. Dort heißt es in der Verfassung, wir wollen die Wiedervereinigung, aber wir haben zwei deutsche Staaten. In der Verfassung heißt es, Berlin gehört zum Bund, aber Dreimächteverantwortung.

Gromyko: Logisch ist zu folgern: Juristisch und politisch sind die obengenannten Prinzipien des GV auch auf Westberlin zu beziehen, weil dieses sein Territorium und seine Grenzen hat.

Brandt hat im Bundestag über die Grenzen der DDR und BRD gesagt, er wolle sie achten. Aber die besondere Lage zwischen BRD und DDR ist so, daß beide Staaten sich kein Ausland sind, also daß es keine Grenze gibt. Wir wollen sie diese Unvereinbarkeit beseitigen? Darauf bin ich neugierig.

Bahr: Das ist der dritte Komplex, DDR und BRD. Wir müssen Beziehungen zur DDR aufnehmen, ohne die Rechte der Vier Mächte zu verletzen. Daher ist der Charakter der Beziehungen nicht zu vergleichen mit den Beziehungen der BRD zu Italien oder zur Sowjetunion. Gleichberechtigte Verhandlungen mit der DDR bedeuten, daß sie genauso souverän ist wie wir auch. Das Sonderverhältnis be-

steht nur zwischen den beiden deutschen Staaten. Diese, so haben wir vereinfachend gesagt, ist kein Ausland. Das stimmt auch. Ein Münchner fühlt zu einem Dresdener anders als zu einem Mailänder. Aber die DDR ist ein Staat mit Gesetz, Armee, Grenze. Die Anerkennung der territorialen Integrität wollen wir in die Form eines Gewaltverzichts bringen. Sie haben selbst gesagt, die DDR kann in Verhandlungen mit uns so weit gehen, wie sie will.

Angenommen wir einigen uns, gilt diese Vereinbarung dann nicht, wenn wir uns mit der DDR nicht einigen? Man kann das zeitlich verzahnen. Die Sowjetunion sollte dann dafür sorgen, daß man sich auch mit den anderen einigt. Wir suchen eine Basis, diese Beziehungen zu normalisieren. Wir haben keinen Botschafter in Prag, Budapest und Sofia. Besonderheit unserer Beziehungen zur DDR ist z. B., daß wir keinen Botschafter entsenden werden. Wir werden ihn anders nennen. Wir in Berlin, die DDR in Bonn. Es gibt einen Aufsatz, der heißt „Anerkennung ist zu wenig“. Wir brauchen mehr Beziehungen zur DDR als zu anderen Staaten. Brandt spricht davon: Es gibt zwei Staaten, die füreinander nicht Ausland sind, die zueinander besondere Beziehungen haben. Diese müssen wir prinzipiell regeln nach den Gesetzen des internationalen Rechts.

Gromyko: Gibt es eine Grenze?

Bahr: Ja.

Gromyko: Aber der Staat dahinter ist dann kein Ausland?

Bahr: Nein. Auch dahinter wohnen Deutsche, die zusammenkommen wollen.

Gromyko: Und das soll kein Widerspruch sein?

Bahr: Die Lage in Deutschland ist unlogisch abnorm, ohne geschichtliches Beispiel.

Gromyko: Schon gut, aber wir müssen bei der Logik bleiben. Es gibt zwei Staaten mit Grenzen. Wie kann man einen Staat hinter der Grenze nicht Ausland nennen? Lassen wir es dabei. Eine andere Frage: Welche völkerrechtlichen Normen sind im Sonderverhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten nicht anwendbar?

Bahr: Noch zum anderen: Hinter der Grenze ist ein anderer Staat, aber kein fremdes Land. Die beiden Staaten erkennen sich gegenseitig als souverän an. Das hat Folgen für internationale Organisationen. Dort wird es zwei deutsche Staaten geben, auch bei der UNO, aber keinen dritten Staat, nicht Berlin. Wir haben eine Nation mit zwei Staaten und gemeinsamen Rechten der Vier Mächte. In Beziehungen zu dritten Staaten ist jeder der beiden Staaten Ausland.

Gromyko: Das ist die schwächste Stelle der Außenpolitik der BRD. Zwei Staaten anerkennen und nicht anerkennen, das entspricht nicht der Realität. Ausland oder nicht Ausland ist eine andere Frage. Sind die Verbindungen Münchens zu Schlesien nicht enger als die der Münchner zu Dresden? Sagen Sie mir, welche Völkerrechtsprinzipien sind zwischen den beiden deutschen Staaten nicht anwendbar? Ich würde mich an Ihrer Stelle peinlich fühlen.

Bahr: Es ist schwierig, die Realität klar zu machen. Wir wollen keine Wiedervereinigung mit Frankreich, die DDR keine Wiedervereinigung mit Polen, aber mit der BRD. Nur zwischen den beiden Staaten ist eine Konföderation vorge-

schlagen worden.²⁷ Das Recht der Konföderation wäre das Recht souveräner Staaten, soweit nichts Besonderes vereinbart ist.

Gromyko: Wir messen der Grenzfrage große Bedeutung bei im Zusammenhang mit dem Gewaltverzicht. Das ist eng verbunden mit der Frage der Beziehungen zwischen BRD und DDR. Deswegen fragen wir so viel, um unsere Position klar zu machen. Wenn wir uns über die Grenze und die Beziehungen BRD/DDR nicht einigen, können wir mit Ihnen keine Vereinbarung treffen. Sie haben schwache Punkte. Wir wollen alle Aspekte genau erörtern. Wir haben viel Geduld. Sie sollen unsere Position genau verstehen. Wir können von prinzipiellen Fragen nicht abgehen, nicht von der Frage der Grenze, nicht von der Frage der Beziehungen zur DDR. Daran denken wir vor allem, wenn wir von den Realitäten sprechen. Die Berlin-Frage hatte ich in diesem Zusammenhang gestellt. Wenn Ihnen noch etwas dazu einfällt, können Sie es uns dann bitte mitteilen.

Ich habe noch zusätzliche Fragen:

1) Brandt sprach davon, die DDR-Grenze zu achten. Wie soll man das verstehen? Wollen Sie das auf alle europäischen Grenzen ausdehnen? Bitte überlegen Sie!

2) Sie bestehen so auf Art. 2 der UNO. Ich verstehe, daß Sie Art. 2 zur Grundlage der Beziehungen machen und in den Text des GV aufnehmen wollen. Das können wir tun, d. h. entsprechend den Prinzipien und Zielen der ganzen UNO-Satzung unsere Beziehungen ausbauen. Wir können nicht einen Artikel hervorheben, andere Artikel fallenlassen. Dazu haben wir kein Recht. Sie suchen immer etwas, was wir heimlich gegen die Bundesrepublik im Schilde führen. Das ist nicht so. Zwar vergißt man die Geschichte nicht so schnell, aber wir wollen in die Zukunft sehen. Haben Sie den Mut, unsere Beziehungen auszubauen. Wenn unsere Verhandlungen scheitern würden, was wir nicht hoffen wollen, würden Politiker sagen, wir haben eine Chance verpaßt wie schon einmal.

Zur Zeitfolge: Sie wissen, was Ulbricht gesagt hat. Wenn er abwarten will, so ist es seine Sache. Aber die Zeitfolge ist nicht von entscheidender Bedeutung. Lassen wir uns von den breiten Interessen leiten. Lassen Sie sich von anderen Leuten nicht ins Bockshorn jagen. Sie haben Ihren eigenen Kopf auf den Schultern.

Wenn wir von atomarer Abrüstung reden, ist die Ratifizierung des NV-Vertrages²⁸ eine gute politische Plattform für eine Verständigung. Das ist aber keine Vorbedingung.

Über Grenzen kann man im allgemeinen und im besonderen sprechen. Ich meine, in dem GV-Vertrag mit uns sollte die Grenzfrage allgemein in den bilateralen Abkommen mit den anderen Ländern angesprochen werden. Wir sind für größere Konkretisierung.

²⁷ Am 30. Dezember 1956 schlug der Erste Sekretär des ZK der SED, Ulbricht, vor, eine Wiedervereinigung Deutschlands auf dem Wege einer Konföderation oder Föderation als Zwischenlösung anzustreben. Vgl. dazu DZD III/2, S. 1002–1012.

²⁸ Der Bundestag ratifizierte den Nichtverbreitungsvertrag am 5. März 1970. Vgl. dazu BULLETIN 1970, S. 316.

Sie haben von einem Handelsvertrag gesprochen. Da gibt es breite Möglichkeiten, z. B. den Erdgasvertrag. Wir sind für einen Handelsvertrag, sofern keine unanerkannten politischen Forderungen damit verbunden werden und wenn die Sowjetunion gleiche Absatzchancen erhält wie andere Staaten.

Zu Ihren Bemerkungen über Presseangriffe haben wir Verständnis. Sprechen Sie mit Ihren Zeitungen und Politikern. Es wäre gut, wenn wir mehr gemeinsame Sprache finden würden.

Bahr: Die UNO-Satzung ist, wie sie ist. Es wird kein Artikel gestrichen. Aber die Westmächte haben gesagt, daß sie gegenüber BRD sich nicht von Artikel 53/107, sondern von Artikel 2 leiten lassen.²⁹ Die SU möge sagen, daß sie sich auf Artikel 53/107 nicht mehr berufen, sondern Artikel 2 anwenden werde. Unsere Haltung zum NV-Vertrag ist genauso wie die der anderen EWG-Mitglieder.

Gromyko: Wir wollen keinen Kuhhandel. Wenn Sie Ihre Teilnahme an der ESK davon abhängig machen, daß die jetzigen Gespräche zum Erfolg führen, wäre das nicht gut.

Bahr: Wir sind auch nicht für Kuhhandel. Beim Atomvertrag verhandelten nicht wir, sondern EURATOM.³⁰ Wir nahmen positiv teil. Wenn wir bei unseren jetzigen Gesprächen nicht zu einer Einigung kommen, wäre das eine verpaßte Chance, über die sich viele freuen würden. Zeitfolge: Sie sagen, das kann die DDR selbst entscheiden. Das gilt doch auch für die SU. Wenn wir einig werden, schließen wir ab. Es gibt für die SU und auch für uns Positionen, von denen wir nicht abgehen können. Unzumutbare Forderungen können nicht berücksichtigt werden, das gilt für beide Seiten. Ich habe meine Kuhhandelsposition. Der Rahmen der Regierungserklärung³¹ kann nicht geändert werden. Ich glaube daher, daß die Positionen zum großen Teil zur Übereinstimmung gebracht werden können.

Es wurde vereinbart, das Gespräch am 3. Februar 1970 um 15.30 Uhr fortzusetzen.³²

VS-Bd. 4625 (II A 4)

²⁹ In der Schlußakte der Londoner Neun-Mächte-Konferenz vom 3. Oktober 1954 erklärten die Drei Mächte, daß sie sich in ihren Beziehungen mit der Bundesrepublik an die in Artikel 2 der UNO-Charta vom 26. Juni 1945 niedergelegten Grundsätze über die friedliche Beilegung internationaler Streitfälle und über den Verzicht auf Drohung mit sowie die Anwendung von Gewalt halten werden. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1954, S. 6982.

³⁰ EURATOM verhandelte mit der IAEA über den Abschluß eines Verifikationsabkommens zum Nichtverbreitungsvertrag vom 1. Juli 1968. Vgl. dazu Dok. 100.

³¹ Für die Erklärung des Bundeskanzlers Brandt am 28. Oktober 1969 im Bundestag vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 71, S. 20–34.

³² Vgl. Dok. 33.

Am 30. Januar 1970 teilte Staatssekretär Bahr, Bundeskanzleramt, z. Z. Moskau, Bundesminister Scheel mit: „Wir haben den Eindruck, daß Gromyko keine neuen Instruktionen hatte, auf Sondierung und Erkundung eingestellt war und jetzt Entscheidungen höheren Orts herbeigeführt werden müssen. Bisher ist kein Punkt sichtbar, der eine Überprüfung unserer Positionen erforderlich machen würde.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 161; VS-Bd. 10069 (Ministerbüro), B 150, Aktenkopien 1970.

29

**Gespräch des Bundeskanzlers Brandt
mit Staatspräsident Pompidou in Paris**

Z A 5-13.A/70 geheim

30. Januar 1970¹

Der Präsident der französischen Republik, Herr Pompidou, empfing am 30. Januar 1970 den Herrn Bundeskanzler zu einem Gespräch unter vier Augen, das um 11.50 Uhr begann.

Der Herr *Staatspräsident* hieß den Herrn Bundeskanzler willkommen und gab der Erwartung Ausdruck, daß man sich bei diesem Gespräch viel zu sagen habe.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, es stünden wohl keine spektakulären Fragen zur Erörterung an. Er wolle aber die Gelegenheit benutzen, verschiedene Fragen „à jour“ zu bringen, darunter auch bilaterale Fragen. Er wolle eine persönliche Bemerkung vorwegnehmen. Man schreibe das Jahr 1970. Damit sei man nicht nur 25 Jahre von 1945 weg, sondern es würden auch die Erinnerungen an den preußisch-französischen oder, wenn man so wolle, den ersten deutsch-französischen Krieg wachgerufen. Er halte es für gut, wenn die Verantwortlichen in beiden Ländern bei aller Liebe zur Wahrheit doch entstehende Reminiszenzen auch dazu nutzen würden, den Wandel deutlich zu machen, der in den Beziehungen zwischen beiden Ländern eingetreten sei. Er wolle Carlo Schmid bitten, zusammen mit seinem französischen Partner² zu prüfen, was man in dieser Hinsicht tun könne.

Der Herr *Staatspräsident* erklärte dazu, in Frankreich wisse man nicht recht, ob man sich an das Jahr 1870 mit einem lachenden oder einem weinenden Auge erinnern solle. Er sei aber wie der Herr Bundeskanzler der Auffassung, daß man in beiden Ländern die neuen, auch gefühlsmäßig neuen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland in den Vordergrund stellen solle. Bei der Erinnerung an Kriege zwischen beiden Ländern müsse man auch daran denken, daß schließlich gegenseitige Achtung und gegenseitiges Verständnis zwischen beiden Völkern aus der Tatsache erwachsen sei, daß man sich einmal miteinander geschlagen habe.

Er wolle dem Herrn Bundeskanzler gerne bei der Überwindung schwieriger Probleme helfen. Er denke dabei vor allem an Ostprobleme.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er wisse es zu schätzen, daß der Herr Staatspräsident öffentlich auch gegenüber Kritikern betont habe, daß die Regierungen beider Länder in einem vertrauensvollen Meinungsaustausch ständiger Art begriffen seien. Dies solle auch so bleiben.

Zu den Ostproblemen wolle er sagen, daß es für ihn keine von der Außenpolitik getrennte Ostpolitik der Bundesrepublik gebe. Die Bundesrepublik gehöre zum Westen und wolle als zum Westen gehöriges Land sich bemühen, Spannungen gegenüber dem Osten abzubauen. Man habe niemals versucht, an anderen vor-

¹ Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde von Legationsrat I. Klasse Merten am 4. Februar 1970 gefertigt.

² Französischer Koordinator für die deutsch-französische Zusammenarbeit war Pierre-Olivier Lapie.

bei ein neues Verhältnis zum Osten zu suchen. Das deutsche Bemühen gelte dem Versuch, ähnlich normale Beziehungen wie andere westeuropäische Länder zum Osten anzustreben.

Konkret könne er dazu darlegen, daß heute in Moskau eine Zwischenrunde beginne.³ Er habe seinen Staatssekretär Bahr nach Moskau entsandt, nicht weil er mit einem Erfolg rechne, sondern weil man bestrebt sei, Klarheit darüber zu erlangen, was möglich und was nicht möglich sei. Man sei sich nicht sicher darüber, ob die russische Führung sich ein klares Bild über ihre Vorstellungen bereits erarbeitet habe. Man könne viel Widersprüchliches feststellen. Immerhin scheine die Sowjetunion die Absicht zu haben, ihre wirtschaftliche und technische Kooperation mit Westeuropa nunmehr auf die Bundesrepublik Deutschland zu erstrecken.⁴ Hierüber müsse man sich abstimmen. Im übrigen gebe die Sowjetunion deutlich zu erkennen, daß sie sich weiterhin als die Führungsmacht ihres Blockes erachte. So wolle die Sowjetunion auch nicht nur über bilaterale Fragen sprechen, sondern auch über unsere Beziehungen zu anderen Ostblockstaaten einschließlich Ostberlins. Dem könne man sich nicht entziehen. Zum Beispiel werde man auch über das deutsch-polnische Verhältnis sprechen müssen.

Über die Formel eines Gewaltverzichtsabkommens sei man sich noch nicht im klaren. In einigen Wochen wolle man mit Frankreich und anderen Verbündeten diese Fragen durchsprechen.

Die angekündigten deutsch-polnischen Gespräche sollten am 5. Februar in Warschau beginnen.⁵ Die Polen hätten vor einiger Zeit wissen lassen, man möge diese Gespräche rasch ansetzen. Es sei besser, daß diese Erörterungen nicht in einen größeren, von der polnischen Seite nicht gewünschten Zusammenhang geraten. Offizielle Stellen hätten sich in den letzten Wochen wieder kritischer geäußert. Dies sei nicht nur auf Einwirkungen aus Ostberlin und Moskau zurückzuführen, sondern auch, wie man deutscherseits wisse, auf ein Generationsproblem in der polnischen Führung, bei der die Frage der Beziehungen zur Bundesrepublik nicht unumstritten sei. Polen wolle möglichst klare Äußerungen zur Grenzfrage erlangen. Deutscherseits hoffe man, eine Formel zu finden, die für Polen akzeptabel sei und mit der wir leben können. Polen sei auch an wirtschaftlichen Kontakten in weit stärkerem Ausmaß als bisher interessiert. Die erste Gesprächsrunde in Warschau werde wohl nur drei bis vier Tage dauern, dann wolle man die Ergebnisse auswerten. Wie auch im Falle der Gespräche mit der Sowjetunion müsse man hier langfristig denken. Ergebnisse seien möglich, wenn der Gesprächsfaden nicht abreiße.

Auch die Tschechen und Ungarn hätten wissen lassen, daß sie an Gesprächen interessiert sind. Deutscherseits möchte man jetzt nicht darauf eingehen, weil man sich nicht übernehmen wolle und weil angesichts der herrschenden Lage

³ Für das erste Gespräch des Staatssekretärs Bahr, Bundeskanzleramt, mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Moskau vgl. Dok. 28.

⁴ Am 5. November 1969 informierte der Vorstandsvorsitzende der Thyssen Röhrenwerke, Mommsen, Bundeskanzler Brandt, daß die UdSSR bereit sei, ein Abkommen über wissenschaftlich-technische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik abzuschließen. Vgl. dazu Referat I A 6, Bd. 362.

⁵ Zu den Gesprächen des Staatssekretärs Duckwitz in Warschau vgl. Dok. 37.

in Prag unsere Probleme mit der Tschechoslowakei sich besonders schwierig stellten.

Somit bliebe das Problem Ostberlin. Die Ostberliner Regierung habe der Bundesrepublik einen Vertragsentwurf zugeschickt⁶, worauf die Bundesregierung mit einem Brief geantwortet habe.⁷ Man prüfe zur Zeit, ob es nicht trotz aller Probleme Bereiche gebe, in denen eine Zusammenarbeit möglich sei, um damit Erleichterungen für die Menschen herbeizuführen und dem Frieden zu dienen. Er stehe unter dem Eindruck, daß die Ostberliner Führung weiterhin gegen Kommunikation und für Separation eingestellt sei, weil sich aus mehr Kommunikation innere Unsicherheit des Regimes ergeben müsse. Er wolle dafür ein Beispiel anführen: Er habe am 14. Januar seinen Bericht zur Lage der Nation⁸ erstattet. Am darauffolgenden Sonabend hätten Studenten in Ostberlin Flugblätter verteilt, auf denen zu lesen stand, es sei eine nationale Pflicht, sich mit den Vorschlägen des Bundeskanzlers auseinanderzusetzen. Als Politiker und als Deutscher habe er sich darüber gefreut, sei aber auch besorgt, weil solches Handeln für Ulbricht die Frage nach Stabilität und der Unversehrtheit seines Regimes aufwerfe.

Man stehe auch unter dem Eindruck, daß die Sowjetunion mäßigend auf Ostberlin einwirke. Die in der letzten Woche eingetretene Störung des Zugangs nach Westberlin⁹ hätte schlimmere Auswirkungen haben können, wenn die Russen hier nicht mäßigend eingegriffen hätten. Desgleichen glaube man auch, daß die Russen Ostberlin nahelegten, auf die Vorschläge der Bundesregierung nicht völlig negativ zu reagieren. Allerdings dürfe man die Rolle Ostberlins im Warschauer-Pakt-System nicht unterschätzen. Die DDR sei schon längst kein Satellit mehr. Ulbricht sei für den kommunistischen Block eine Art Traditionsfigur geworden. Ferner erlange die DDR durch ihre exponierte Lage im Warschauer-Pakt-System ihr volles Eigengewicht.

Man sei, wie auch mit der Sowjetunion, auf mühsames Aushandeln von Positionen gefaßt. Zu Gesprächen sei man weiterhin bereit, lasse sich aber auf nichts ein, was bestehende Verträge stören könne. Das Streben gehe dahin, eine wenn auch nur teilweise Normalisierung des Zusammenlebens zu erreichen.

Staatspräsident *Pompidou* dankte dem Herrn Bundeskanzler für dessen klares und realistische Exposé. Man habe eben von Gefühlen und gefühlsmäßigen Problemen gesprochen. Er verstehe durchaus, wie schwierig und mühsam es für den Kanzler der Bundesrepublik Deutschland sei, über alle Sentiments hinweg zu einer realistischen Einschätzung der Lage zu kommen. Bei den Gesprächen mit dem Osten müsse man davon ausgehen, daß auch die Sowjetunion verstanden habe, daß zuviel Öffnung, zuviel Kommunikation zwischen einem kommunistischen und einem Land des Westens kurzfristig zu einem Sturz des kom-

⁶ Zum Schreiben des Staatsratsvorsitzenden Ulbricht vom 17. Dezember 1969 an Bundespräsident Heinemann vgl. Dok. 12, Anm. 11.

⁷ Zum Schreiben des Bundeskanzlers Brandt vom 22. Januar 1970 an den Vorsitzenden des Ministerrats, Stoph, vgl. Dok. 12, Anm. 16.

⁸ Für die Regierungserklärung zum Bericht über die Lage der Nation im gespaltenen Deutschland vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 71, S. 839–847.

⁹ Zwischen dem 22. und 27. Januar 1970 kam es zu Behinderungen auf den Transitstrecken von und nach Berlin (West). Vgl. dazu Dok. 17, Anm. 6.

unistischen Regimes führen könne. Das habe das sowjetische Eingreifen in der Tschechoslowakei klar erwiesen. Die Sowjetunion habe dabei nicht so sehr aus militärischen Bedenken, sondern aus der Befürchtung gehandelt, daß die Tschechoslowakei mit dem Kommunismus brechen könne. Walter Ulbricht, seine Kader, sein ganzes Regime müsse ein Gleiches befürchten für den Fall, daß es zu allzu vielen Kontakten zwischen der Bundesrepublik und der DDR komme. Man müsse also einsehen, daß sich der kommunistische Block nur langsam, schrittweise und auch nur dann zersetzen könne, wenn es zu einer Abschwächung des kommunistischen Regimes in der Sowjetunion komme. Anzeichen dafür lägen aber zur Zeit absolut nicht vor.

Es sei auch zwecklos, die reelle Furcht der Sowjetunion vor einer deutschen Wiedervereinigung nicht in Rechnung zu stellen. Unter diesen Umständen sei er der Auffassung, daß der Herr Bundeskanzler richtig handle, wenn er weiterhin mit Geduld alle verfügbaren Mittel einsetze, um weiterzukommen.

Den Wunsch Polens, Ungarns und der Tschechoslowakei nach wirtschaftlichen Kontakten mit der Bundesrepublik könne er durchaus verstehen. Diese Länder brauchten solche Verbindungen im Hinblick auf die eigene industrielle und wirtschaftliche Entwicklung, da die Sowjetunion ihnen dafür nicht alles liefern könne. Wenn es mit Polen zur Besprechung politischer Fragen komme, halte auch er dafür, daß Polen nicht in völliger Handlungsfreiheit verhandeln könne, sondern mit Moskau sich abstimmen müsse. Die Sowjetunion glaube wohl, man könne der Bundesrepublik sehr viele Konzessionen abjagen, weil man davon ausgehe, daß die Bundesrepublik so oder so den russischen Wünschen entsprechend den Status quo für ewige Zeiten anerkennen müsse. Nachdem die Sowjetunion bei diesem Vorgehen nun auf Widerstand gestoßen sei, habe sich ihre Haltung verhärtet. Er glaube aber, daß die Russen die Gespräche nicht abbrechen wollten. Er wolle den Herrn Bundeskanzler ermutigen, trotz aller Hindernisse seine Bemühungen nicht aufzugeben. Diese Bemühungen seien gerechtfertigt, weil sie im Interesse beider Teile Deutschlands, im Interesse der europäischen Sicherheit und des Friedens und damit in unserem Interesse erbracht würden. Er gehe mit dem Herrn Bundeskanzler auch darin einig, daß dieser, wie er selbst betont habe, keinen Alleingang unternehmen wolle. Die Bundesrepublik sei Teil des Westens und sei daher auch der Sowjetunion nicht ausgeliefert. Französischerseits habe man gegenüber sowjetischen Gesprächspartnern immer wieder betont, daß man in die Bundesrepublik Deutschland und in die Regierung Brandt größtes Vertrauen setze und daß angeblicher deutscher Revanchismus von französischer Seite nur als eine Fiktion betrachtet werde. Er wünsche dem Herrn Bundeskanzler bei seinen Verhandlungen auch mit der DDR Erfolg. Er gehe davon aus, daß man weiterhin Informationen austauschen werde. Dies gelte auch für die Berlin-Frage. Ein solcher Informationsaustausch sei schon deshalb wünschenswert, weil man sich gegenseitig stützen könne. Frankreich habe sehr oft gegenüber der Sowjetunion Stellungnahmen im Interesse der Bundesrepublik abgegeben. Bei solchen Demarchen sei es erforderlich, Gleichklang und Gleichschritt zu wahren.

Der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, es sei für die deutsche Politik sehr hilfreich, wenn Frankreich weiterhin die Bundesrepublik gegenüber der Sowjetunion unterstütze. Eine solche Unterstützung habe vielleicht mehr Gewicht als an-

dere. Was die eingeleiteten Gespräche anbelange, sei er nicht sicher, daß man Erfolge schon in den nächsten Jahren erzielen könne. Aber selbst wenn die Gespräche scheiterten, werde die Bundesrepublik nicht schwächer dastehen, weil sie ihre Gesprächsbereitschaft und ihren guten Willen in verantwortlicher Weise gezeigt habe. Was den Status quo angehe, habe er das Gefühl, daß man diesen nur überwinden könne, wenn man territorial von dem bestehenden Status quo ausgehe. Natürlich befinde sich die Bundesrepublik hier wegen der Teilung Deutschlands in einer gefährlichen Lage. Immerhin könne man die DDR hier nicht ausschließen; man müsse, so schmerzlich dies sei, erklären, daß die territoriale Unversehrtheit der Grenzen auch für jenes staatliche Gebilde gelte. Im übrigen werde dies dadurch leichter, als bestehende Verträge aber auch die Vernunft forderten, daß man auf Mittel verzichte, die man ohnehin nicht einsetzen könne und wolle. So wolle man in den Gesprächen mit der DDR von dem ausgehen, was ist und ohne völkerrechtliche Anerkennung nach einem Wandel streben, nicht durch nationalstaatliche, sondern durch eine Veränderung des gesamteuropäischen Bildes.

Präsident *Pompidou* wies darauf hin, daß alle diese Fragen auch mit dem Thema der Europäischen Sicherheitskonferenz in Zusammenhang stehen. Die Bundesrepublik könne sich leicht dem Vorwurf aussetzen, sie handle den Interessen der europäischen Sicherheit entgegen. Es sei ersichtlich, daß die Russen mit ihrem Vorschlag auf Einberufung einer solchen Konferenz auch den Status quo in der deutschen Frage sanktionieren wollten, weil bei einer solchen Konferenz beide deutschen Staaten an einem Tisch säßen.

Was diese Konferenz anbelange, halte er die bisher vorgeschlagene Thematik für etwas unvollständig. Seines Erachtens müsse man erst einmal ein für die Konferenz geeignetes Klima schaffen. In Paris erwarte man den Besuch Gromykos.¹⁰ Bemerkenswert sei, daß die Sowjetunion ursprünglich plante, diese Konferenz noch für das Jahr 1970 einzuberufen. Neuerdings werde kein Datum mehr genannt. Man müsse sich fragen, welche Absichten die Sowjetunion nunmehr verfolge.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er kenne die Absichten der Sowjetunion auch nicht. Er halte es jedenfalls für gut, daß dieses Thema nicht in falsche Hände gerate. Gewiß wolle man bei einer solchen Konferenz auch über Fragen der Zusammenarbeit zwischen Osten und Westen sprechen. Er wisse aber auch, daß Länder, die zwischen der Sowjetunion und Deutschland liegen, die Gelegenheit einer solchen Konferenz dazu ausnutzen wollten, sich etwas mehr Bewegungsspielraum zu verschaffen.

Im Osten nehme man es ihm übel, daß er gesagt habe, eine Beteiligung der Bundesrepublik an einer Europäischen Sicherheitskonferenz sei unnütz, wenn nicht vorher zwischen den beiden Teilen Deutschlands etwas zugunsten der Menschen erreicht worden sei. Man habe gesagt, er stelle Vorbedingungen. Dies müsse er verneinen. Er habe es so formuliert: Wenn eine Hochzeit beabsichtigt sei, und einer der beiden Hochzeiter nicht erscheine, habe der andere an der Hochzeit wohl nur wenig Freude. Die Bundesrepublik verfüge hier über einen Hebel, den man nicht überschätze, aber man habe ihn. Daß die Russen in letzter

¹⁰ Der sowjetische Außenminister Gromyko besuchte Frankreich vom 1. bis 5. Juni 1970.

Zeit weniger von der Europäischen Sicherheitskonferenz sprächen, könne sich auch daher erklären, daß die Sowjetunion bei den Gesprächen mit der Bundesrepublik in Moskau sehr viele Themen erörtern wollte, um dann eines Tages zu sagen, man müsse dies alles nun in eine Europäische Sicherheitskonferenz einbringen. In dieser Frage werde man bald klarer sehen. Käme es zu einer Europäischen Sicherheitskonferenz, müsse man erwarten, daß neben etlichen Neuauflagen des Rapacki-Planes¹¹ in verschiedenen Versionen wohl auch über die Frage der Truppenreduzierungen gesprochen werde. Dies sei nun ein Thema, das Frankreich und Deutschland im gleichen Maße besorge. Da ohnehin die USA in einigen Jahren nicht mehr mit der gleichen Stärke in Europa präsent sein werden, obwohl er hoffe, daß man nicht so stark reduziere wie der amerikanische Senat dies fordere, erhebe sich die Frage, ob man dies nicht als Faktor berücksichtigen müsse, denn es müsse im westlichen Interesse liegen zu versuchen, zumindest ein Stück weiterzukommen in der Frage gleichwertiger Truppenreduzierungen von beiden Seiten, es sei denn, man komme zu dem pessimistischen Schluß, daß die Sowjetunion ohnehin davon ausgehe, daß die USA ihre Streitkräfte reduzierten, so daß die Sowjetunion dafür ohnehin keinen Preis zu zahlen habe.

Präsident *Pompidou* gab seinen Sorgen im Hinblick auf eine unausgewogene Reduzierung der russischen und amerikanischen Streitkräfte Ausdruck. Man dürfe nie übersehen, daß ganz Westeuropa immer im Schußbereich russischer Atomwaffen liege. Frankreich müsse auch sehr besorgt sein über eine eventuelle Einigung zwischen der Sowjetunion und den USA über eine Entmilitarisierung oder Neutralisierung Westeuropas. Solche Vereinbarungen müßten zur Folge haben, daß die US-Streitkräfte abzögen, während die Sowjetunion vor den Toren Westeuropas stehe.

Der *Bundeskanzler* ging sodann auf die Gespräche der Verteidigungsminister beider Länder in der Vorwoche ein.¹² Aufzeichnungen darüber habe er entnommen, daß man auch über die SALT-Gespräche gesprochen habe. Da sowohl Präsident Pompidou als auch er selbst die Absicht hätten, in Kürze nach Washington zu reisen¹³, könne man versuchen, über den Stand dieser Gespräche etwas zu erfahren. Er wolle im Zusammenhang mit diesen Gesprächen und mit der möglichen Reduzierung der Streitkräfte der USA in Europa auf die deutschen

¹¹ Am 2. Oktober 1957 unterbreitete der polnische Außenminister Rapacki vor der UNO-Generalversammlung in New York den Vorschlag, eine aus Polen, der ČSSR und den beiden Teilen Deutschlands bestehende kernwaffenfreie Zone zu schaffen. Am 14. Februar 1958 erläuterte er seine Vorstellungen ausführlich in einem Memorandum. Weitere modifizierte Versionen des Rapacki-Planes, in denen der Gedanke einer Verminderung der konventionellen Streitkräfte hinzutrat, wurden am 4. November 1958 und am 28. März 1962 vorgelegt. Für den Wortlaut der letztgenannten Fassung vgl. DOCUMENTS ON DISARMAMENT 1962, S. 201 – 205.

Am 14. Dezember 1964 wiederholte Rapacki seine Vorschläge vor der UNO-Generalversammlung in New York und empfahl die Einberufung einer Europäischen Sicherheitskonferenz. Vgl. dazu auch AAPD 1964, II, Dok. 398, und AAPD 1965, I, Dok. 152.

¹² Bundesminister Schmidt hielt sich am 20. Januar 1970 zu Gesprächen mit dem französischen Verteidigungsminister Debré in Paris auf. Erörtert wurde u. a. „die Möglichkeit einer Verkürzung der Wehrdienstpflicht in beiden Ländern“. Vgl. den Artikel „Gedankenaustausch Schmidts mit Debré“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 21. Januar 1970, S. 4.

¹³ Staatspräsident Pompidou hielt sich vom 23. Februar bis 3. März 1970 in den USA auf. Bundeskanzler Brandt besuchte die USA vom 9. bis 11. April 1970. Vgl. dazu Dok. 151 und Dok. 153.

Sorgen hinsichtlich möglicher finanzieller Änderungen in der Stationierung amerikanischer Truppen in Deutschland hinweisen. An die Stelle der bisherigen Offset-Regelung¹⁴ könne ein „burden sharing“ treten. Er halte es für zweckmäßig, wenn die bestehende Studiengruppe über Sicherheitsfragen in den siebziger Jahren¹⁵ in Zukunft und unter Hinzuziehung militärischer Experten auch das Thema möglicher amerikanischer Truppenreduzierungen und deren Auswirkungen auf die Sicherheitslage Europas erörtere.¹⁶ Die Ergebnisse dieser Arbeiten könnten dann im Sommer zum Gegenstand einer Aussprache zwischen den Regierungschefs gemacht werden.

Präsident *Pompidou* erklärte sich damit einverstanden.

Auf die Frage des Staatspräsidenten nach der Lage in Westberlin entgegnete der Herr *Bundeskanzler* sodann, er entnehme Berichten, die er gelesen habe, daß Außenminister Schumann Sorge habe, man könne den bestehenden Status in Berlin nicht ausreichend beachten.¹⁷ Eine solche Sorge sei nicht begründet. Man wisse, daß Westberlin auf der Grundlage der originären Rechte der Drei Mächte gehalten werden könne. Er habe in der letzten Woche in Berlin gegenüber den drei Kommandanten klar gesagt, daß man nicht vorhabe, die Rechte der Drei Mächte zu beeinträchtigen.¹⁸ Wie widersprüchlich die Einstellung gegenüber Westberlin im Ostblock manchmal sei, ergebe sich aus folgendem interessanten Beispiel: Als er drei Tage lang in Westberlin gewesen sei, habe es Proteste seitens der Ostberliner Presse gehagelt.¹⁹ Der russische Botschafter in Ostberlin, Abrassimow, habe es dennoch für richtig erachtet, ihn nach Ostberlin einzula-

¹⁴ Für den Wortlaut des Abkommens vom 9. Juli 1969 zwischen der Bundesrepublik und den USA über einen Devisenausgleich für die Zeit vom 1. Juli 1969 bis zum 30. Juni 1971 vgl. Referat III A 5, Bd. 682. Vgl. dazu auch AAPD 1969, II, Dok. 224.

¹⁵ Die Einrichtung der deutsch-französischen Studiengruppe über die langfristige politische Entwicklung und die Sicherheit Europas in den siebziger Jahren wurde zwischen Bundeskanzler Kiesinger und Präsident de Gaulle am 14. Januar 1967 vereinbart. Vgl. dazu AAPD 1967, I, Dok. 19. Die Studiengruppe konstituierte sich am 8. Januar 1968. Unter der Leitung des Ministerialdirektors Ruete und des stellvertretenden Abteilungsleiters im französischen Außenministerium, Puaux, der im Dezember 1968 von Abteilungsleiter Tiné abgelöst wurde, erarbeitete sie Szenarien für die politische Situation im Europa der siebziger Jahre. Vgl. dazu AAPD 1969, I, Dok. 19.

¹⁶ Auf der Sitzung der deutsch-französischen Studiengruppe zur Untersuchung der Probleme der Sicherheit Europas in den siebziger Jahren am 27. Februar 1970 äußerte die französische Seite „Zweifel, ob die Studiengruppe das geeignete Gremium zur Behandlung dieses Themas sei. Der Prozeß der Meinungsbildung im französischen Generalstab sei noch nicht so weit fortgeschritten, daß die französische Seite etwas zu diesem Thema sagen könne.“ Es wurde vereinbart, über diese Frage in der Sitzung der Studiengruppe im Mai zu sprechen. Vgl. die Aufzeichnung des Ministerialdirektors Ruete vom 10. März 1970; VS-Bd. 1844 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1970. Auch auf der Sitzung am 12. Mai 1970 hatten die französischen Teilnehmer der Studiengruppe „noch keine Ermächtigung des französischen Verteidigungsministeriums, über dieses Thema zu sprechen“. Vgl. die Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Blumenfeld vom 25. Mai 1970; VS-Bd. 1844 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1970.

¹⁷ Vgl. dazu das Gespräch des Bundesministers Scheel mit dem französischen Außenminister Schumann am 16. Januar 1970; Dok. 11.

¹⁸ Zum Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit den Stadtkommandanten Bowes-Lyon (Großbritannien), Fergusson (USA) und Huchet de Quénétain (Frankreich) am 26. Januar 1970 in Berlin (West) vgl. den Drahtbericht Nr. 7 des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Stoecker, Berlin, vom 27. Januar 1970; VS-Bd. 4502 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1970.

¹⁹ Vgl. dazu die Artikel „Brandt zu ‚Amtsgeschäften‘ nach Westberlin“ und „Westberlin-Provokation Bonns scharf verurteilt“; NEUES DEUTSCHLAND vom 26. Januar 1970, S. 1, und vom 27. Januar 1970, S. 1.

den. Er habe diese Einladung abgelehnt und Botschafter Abrassimow mitgeteilt, er sei jederzeit bereit, ihn in Westberlin zu sprechen.

In diesem Zusammenhang wolle er auch auf folgendes hinweisen: So wichtig der Status Westberlins sei, so wichtig sei auch die wirtschaftliche, finanzielle und politische Verzahnung der Stadt mit der Bundesrepublik Deutschland. Gäbe es diese Verzahnung nicht, liefe Westberlin Gefahr auszutrocknen. Es gebe in Berlin schon ein biologisches Problem.

Die Sowjetunion nehme wohl im Gegensatz zur DDR nicht die gleiche harte Haltung gegenüber dem Problem Westberlin ein. Man habe den Eindruck, daß die Sowjetunion bereit sei, ein Stück Status quo zu akzeptieren. Es bliebe dann die ärgerliche Frage der Zugangswege. Hier sei er der Auffassung, daß dieses Thema besser bei Gesprächen zwischen den Drei Mächten und der Sowjetunion behandelt werden solle. Allerdings müsse es auch einmal zu einer Regelung des zivilen Zugangs kommen. Wie solle man über politische Fragen, über Gewaltverzicht, über friedliche Koexistenz reden, wenn man dabei nicht auch über den ungehinderten Verkehr zwischen einem größeren und einem kleinen Gebiet mit gleicher Währung und gleichem Wirtschaftssystem sprechen könne. Man müsse prüfen, ob es im russischen Interesse liege, dieses Ärgernis auszuräumen. Dabei müsse man natürlich beachten, daß Westberlin eben für die DDR ein Hauptproblem sei.

Präsident *Pompidou* erklärte dazu, man wolle abwarten, was die Russen auf die Demarche der Drei Mächte²⁰ antworteten.²¹ Danach könne man sich untereinander abstimmen. Frankreich nehme seine Rechte in Berlin nicht aus Eigenliebe wahr, sondern weil es den Status der Stadt Westberlin und deren Verzahnung mit der Bundesrepublik Deutschland garantieren wolle.

Es wurde abschließend vereinbart, westeuropäische Frage, Probleme des Mittelmeerraums und gegebenenfalls bilaterale Fragen auf das für den 31. Januar vorgesehene zweite Gespräch²² zu vertagen.

Bundeskanzleramt, AZ: 221-30 100 (56), Bd. 34

²⁰ Zur Note der Drei Mächte vom 16. Dezember 1969 vgl. Dok. 2, Anm. 3.

²¹ Zur sowjetischen Note vom 10. Februar 1970 vgl. Dok. 51.

²² Für das zweite Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit Staatspräsident Pompidou unter vier Augen vgl. Bundeskanzleramt, AZ: 221-30 100 (56), Bd. 34.

30

**Gespräch des Bundeskanzlers Brandt
mit Ministerpräsident Chaban-Delmas in Paris****Z A 5-15.A/70 VS-vertraulich****30. Januar 1970¹**

Am 30. Januar 1970 um 15.30 Uhr empfing der französische Premierminister Herr Chaban-Delmas den Herrn Bundeskanzler zu einem Gespräch, das in Anwesenheit des deutschen Botschafters in Paris² und des französischen Botschafters in Bonn³ geführt wurde.

Der *Premierminister* schlug vor, Fragen der bilateralen Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern zu erörtern. Man könne eine Liste von Themen erörtern, zu denen beiderseits der Wunsch bestehe, daß die Regierungen durch Einschaltung der zuständigen Fachministerien der deutsch-französischen Zusammenarbeit neue Impulse verleihen.

Der Herr *Bundeskanzler* erwiderte, er habe keine solche Liste parat, wolle aber zwei Bemerkungen vorweg machen, und zwar eine erste zur allgemeinen industriellen Zusammenarbeit, eine zweite zu einer möglichen Zusammenarbeit im atomaren Bereich.

Der deutsch-französische Industrieausschuß⁴ mit Vertretern aus den Wirtschaftsverbänden beider Länder trete in der nächsten Woche in München zusammen.⁵ Den ihm zugänglich gemachten Informationen über die bisherige Tätigkeit dieses Ausschusses habe er entnommen, daß der Wunsch bestehe, im Interesse der kleinen, mittleren, aber auch größeren Betriebe beider Länder ein Industrieberatungsinstitut tätig werden zu lassen. Dieser Wunsch ergebe sich auch aus einer Befragung, die kürzlich durchgeführt worden sei. Der Präsident des BDI habe ihm ferner mitgeteilt, daß in Frankreich man besonders über das süddeutsche Interesse an einer Betätigung in den Ostprovinzen Frankreichs besorgt sei, auch im Hinblick darauf, daß kein ausreichend starkes Interesse an den schwächeren Regionen Frankreichs erkenntlich sei. Präsident Berg habe dazu ausgeführt, daß führende Leute der deutschen Wirtschaft neuen Initiativen gegenüber sehr offen seien, daß sie sich aber, wie Präsident Berg sagte,

¹ Durchdruck.

Die Gesprächsaufzeichnung wurde am 10. Februar 1970 von Legationsrat I. Klasse Merten gefertigt und am 27. Februar 1970 von Vortragendem Legationsrat Fischer, Bundeskanzleramt, an Vortragenden Legationsrat I. Klasse Noebel geleitet. Hat Staatssekretär Duckwitz am 13. März und Staatssekretär Harkort am 14. März 1970 vorgelegen. Hat Ministerialdirektor Frank und Ministerialdirigent von Staden am 16. März 1970 vorgelegen. Vgl. dazu den Begleitvermerk von Fischer; VS-Bd. 2673 (I A 1), B 150, Aktenkopien 1970.

² Sigismund Freiherr von Braun.

³ François Seydoux.

⁴ Aufgrund einer Vereinbarung während der deutsch-französischen Konsultationen am 12./13. Juli 1967 wurde am 16. Februar 1968 ein gemeinsamer Ausschuß für wirtschaftliche und industrielle Zusammenarbeit eingesetzt, in dem jeweils neun Personen aus der Wirtschaft, der Industrie und dem Bankwesen vertreten waren. Vgl. dazu AAPD 1967, II, Dok. 261, und AAPD 1968, I, Dok. 62.

⁵ Zur Tagung des Ausschusses für wirtschaftliche und industrielle Zusammenarbeit am 12. Februar 1970, auf der die Eröffnung eines französischen Büros für Investitionsberatung in Frankfurt/Main bekanntgegeben wurde, vgl. den Artikel „Nicht nur im Elsaß investieren“, FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG vom 13. Februar 1970, S. 17.

durch bürokratische Erschwernisse daran gehindert fühlten, sich in nicht-grenz-nahen Gebieten Frankreichs zu orientieren.

Der Herr Bundeskanzler richtete sodann an den Premierminister die Frage, ob dieser der Auffassung sei, die Regierungen sollten ein solches Industriebera-tungsinstitut fördern.

Premierminister *Chaban-Delmas* entgegnete, er halte diese Idee für sehr in-teressant. Es könne keinen Zweifel daran geben, daß unbeschadet der admini-strativen Unterschiede zwischen Frankreich und Deutschland und eventuellen Schwierigkeiten, die sich daraus ergeben könnten, die Gründung eines solchen Instituts eine gute Sache sei. Er wolle sofort entsprechende Weisungen erteilen. Staatspräsident Pompidou, er selbst und die französische Regierung seien bemüht, die Industrialisierung Frankreichs zu fördern. Frankreich liege in der Tat, was Industrialisierung anbelange, weit hinter dem zurück, was es bisher eigentlich hätte erreichen müssen. So sei auch der sechste Plan, der von 1971 bis 1975 laufe⁶, wesentlich auf Industrialisierung abgestellt. Alles, was an deutsch-französischer Zusammenarbeit im Bereich der Industrie denkbar und möglich sei, sage den französischen Stellen durchaus zu. Darüber hinaus solle man ver-suchen, diese Fragen auch in einem gesamteuropäischen Rahmen, nämlich in-nerhalb der Sechsergemeinschaft zu prüfen. Ein deutsch-französisches Bera-tungsinstitut sei eine gute Sache, doch müsse man auch mit den vier anderen Partnern innerhalb der Europäischen Gemeinschaft noch vor Verhandlungen mit Großbritannien versuchen, zu einer europäischen Zusammenarbeit auf in-dustriellem Gebiet zu kommen.

Ferner sollten Deutschland, Frankreich und die anderen Partner versuchen, zu einer Einigung hinsichtlich der Behandlung ausländischer Investitionen, ins-besondere amerikanischer Investitionen und, falls Großbritannien nicht zur Ge-meinschaft stoße, auch britischer Investitionen innerhalb der Gemeinschaft zu gelangen.

Bedenken erwecke die Frage amerikanischer Investitionen. Man wisse, daß die-se Investitionen für die Bundesrepublik einmal sehr wichtig gewesen seien. Die Bundesrepublik habe dann erhebliche Anstrengungen unternommen, um diese Investitionen abzulösen. In Frankreich stehe man nun einigermaßen fassungslos vor der Tatsache, daß man versuche, französische Unternehmen, Werke usw. zu „klauen“ (*chipper*). Große amerikanische Unternehmen kämen in den Genuß erheblicher finanzieller Förderung. Er halte dies für den Gipfel der Stupidität. Bedenklich sei auch, daß ein Land das andere zu überbieten versuche, wenn es sich darum handele, amerikanische Investitionen in einem bestimmten Gebiet anzulegen. Erst gestern noch habe er erfahren, daß eine bestimmte Unterneh-mergruppe eine 30%ige Förderung mit dem Bemerken verlangte, eine 20%ige Förderung könne sie auch in Deutschland erhalten. Man kenne in Frankreich die Probleme, die sich für die Bundesrepublik aus dem Verhältnis zwischen Bund und Ländern ergeben. Dennoch sei er der Auffassung, daß man nunmehr

⁶ Der VI. Fünfjahresplan sah u. a. eine Steigerung der Bruttoinlandsproduktion von 6 % vor. Er wurde am 18. Juni 1970 von der französischen Nationalversammlung und am 26. Juni vom Senat verab-schiedet. Gesandter Blomeyer-Bartenstein, Paris, charakterisierte ihn am 28. April 1970 als „dirigi-stisches Planwerk, ein echtes Erzeugnis französischer Staatsraison“. Vgl. den Schriftbericht; Refe-rat III A 5, Bd. 694.

von seiten der Regierungen Anweisung geben solle, die Frage der Behandlung solcher Investitionen schnell zu prüfen, um rasch zu einer allgemeingültigen Politik gegenüber ausländischen Investitionen zu gelangen. Das Ziel müsse sein, daß die Staaten nicht verarmten unter dem Vorwand, Investitionen zu fördern.

Der Herr *Bundeskanzler* erklärte sich mit einer solchen Untersuchung, die sich auf Deutschland und Frankreich und die gesamte EWG erstrecken solle, einverstanden. Allerdings seien, wie auch der Herr Premierminister bemerkt habe, die Möglichkeiten einer solchen Untersuchung in Deutschland und Frankreich unterschiedlich beschaffen. In Deutschland stelle sich nicht nur das Problem der Bundesländer, es bestehe auch für den Staat wenig Möglichkeit, auf das Wirtschaftsgeschehen Einfluß zu nehmen. Gleichwohl sei er für eine solche Untersuchung, die in Empfehlungen einmünden könnte.

Premierminister *Chaban-Delmas* legte dar, auch in Frankreich gebe es ein System regionaler Hilfen, das allerdings von der Zentralregierung gesteuert werde. Wie immer die Unterschiede zwischen Deutschland und Frankreich beschaffen seien, man müsse eine Lösung mit dem Ziel suchen, das ständige gegenseitige Überbieten auszuschalten, weil die Amerikaner es sonst zu leicht hätten.

Der Herr *Bundeskanzler* schnitt sodann als praktisches Beispiel einer möglichen Zusammenarbeit gemeinsame nukleare Projekte an. Bekanntlich habe es Kontakte zwischen französischen Firmen und der deutschen Gruppe Siemens/AEG über die Frage gegeben, ob und wie eine deutsch-französische Zusammenarbeit an solchen Projekten möglich sei.⁷ Seine Regierung würde sich freuen, wenn man die französischen Firmen in dieser Richtung beeinflussen könnte. Man habe den Eindruck, daß die französischen Firmen sich bisher etwas zurückhaltend gezeigt hätten. Der Vorschlag, der auf dem Tisch liege, beinhalte das Angebot zu einem umfassenden Austausch des „know how“ und zu einer Prüfung der Frage, wie man in den kommenden Jahren auf dritten Märkten zusammenarbeiten könne. Er halte die Verwirklichung eines solchen Vorschlages für gut, weil sonst die Chance verloren gehe, einen entscheidenden europäischen Akzent zu setzen.

Natürlich hänge dies auch mit der Frage zusammen, ob man kurzfristig etwas Praktisches tun könne. Bekanntlich sei an der französischen Grenze zur Schweiz der Bau eines Atomkraftwerkes geplant.⁸ Für die EdF gehe es dabei

⁷ Am 13. November 1969 beschloß die französische Regierung, künftig auch Kernkraftwerke mit Leichtwasserreaktoren, die mit angereichertem Uran betrieben werden, zu bauen. Ministerialdirektor Frank erläuterte dazu am 21. November 1969, daß sich nun die Frage stelle, „ob die französischen Reaktorbaufirmen sich bei der fällig gewordenen Neuorientierung mit den ursprünglichen Herstellern der Leichtwasserreaktortypen, den amerikanischen Firmen Westinghouse und General Electric, lieren werden oder aber mit der deutschen Kraftwerkunion (Siemens und AEG) zusammenzuarbeiten bereit sind, die auf der Grundlage der in den 50er Jahren gegebenen Lizenzen eigene Weiterentwicklungen dieser Reaktortypen anbieten können“. Vgl. Referat I A 6, Bd. 336.

Am 28. November 1969 berichtete Botschafter Freiherr von Braun, Paris, der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, von Dohnanyi, habe in einem Gespräch mit Ministerpräsident Chaban-Delmas am 15. November 1969 das Interesse der deutschen Industrie an einer engen Zusammenarbeit im Bereich der Kernenergie betont und hervorgehoben, daß die Bundesregierung „alles ihr Mögliche zur Unterstützung dieser Zusammenarbeit beitragen“ werde. Vgl. den Drahtbericht Nr. 3063; Referat I A 6, Bd. 336.

⁸ Am 23. Januar 1970 führte dazu das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft aus: „Als Testfall der Möglichkeiten einer deutsch-französischen industriellen Kooperation sieht die deutsche Industrie das französisch-schweizerische Projekt eines 830 M[ega]W[att]-Siedewasserreaktors

um die Frage, ob diese mit amerikanischen oder mit deutschen Firmen zusammenarbeiten wollen. Sollte die französische Entscheidung zugunsten amerikanischer Firmen ausfallen, müßten die deutschen Firmen glauben, daß sie für Jahre chancenlos seien. Er wisse, daß Bundesminister Leussink mit seinem französischen Kollegen Ortoli über diese Fragen spreche⁹, glaube allerdings, daß dies nicht nur Sache der Fachminister sei. Man solle die interessierten Firmen ermutigen, sich gegenseitige sachliche, ehrliche Angebote zu beiderseitigem Nutzen zu unterbreiten.

Premierminister *Chaban-Delmas* erwiderte, er wolle die allgemeine Anregung des Herrn Bundeskanzlers durchaus aufgreifen. Er halte hier und anderswo jede deutsch-französische Zusammenarbeit in Europa für wünschenswert. Er habe sich persönlich um die Frage der Zusammenarbeit französischer Firmen mit der Gruppe Siemens/AEG gekümmert. Er wisse, daß die französischen Firmen nicht gleich das Gefühl gehabt hätten, die Gruppe Siemens/AEG sei von solchen Möglichkeiten sehr begeistert. Dies erkläre sich vielleicht auch aus den Verbindungen zwischen Siemens/AEG und zwei amerikanischen Spitzengruppierungen. Er freue sich aber zu erfahren, daß die deutschen Firmen eine umfassende Kooperation anregen. Französischerseits könne man zur Zeit noch nicht viel tun, da die gesamte französische Industrie in einer Umstrukturierung begriffen sei und zur Zeit noch keine Gruppe als gültiger Gesprächspartner angesehen werden könne. Die Umstrukturierung erfordere noch einige Monate. Gegen Ende des Jahres sollte es möglich sein, einen Gesprächspartner zu benennen. Er jedenfalls habe alles getan, um die französische Industrie „unter Dampf zu setzen“.

Was das geplante Kernkraftwerk im Elsaß¹⁰ anbelange, sehe es wohl so aus, daß die deutschen Firmen sich dafür nicht gerade kapital – im etymologischen Sinne des Wortes – interessiert gezeigt hätten. Die EdF sei noch in der Prüfung des Projektes begriffen. Auch hier könne er sagen, daß, wenn einmal die Neugruppierung der französischen Industrie abgeschlossen sei, die EdF ihre Entscheidung treffen könne.

Er wolle nun von einigen Sektoren sprechen, in denen man hinsichtlich der industriellen Kooperation in der Vergangenheit nicht gerade glücklich operiert habe. Zwar helfe es nichts, über zerschlagene Milchtöpfe jetzt noch zu weinen, man müsse jedoch in der Zukunft vermeiden, neuerlich Geschirr zu zerschlagen. Aus seiner Zeit als Verteidigungsminister¹¹ erinnere er sich ungern daran, daß

Fortsetzung Fußnote von Seite 129

bei Kaiseraugst bei Basel an, über das in Kürze entschieden werden soll. Hier stehen sich als Anbieter AEG und General Electric, jeweils in Zusammenarbeit mit Alsthom, gegenüber. Die deutsch-französischen Industriegespräche haben deutlich gezeigt, daß die Electricité de France (EdF) [...] sich dafür einsetzt, daß die nächsten französischen Kernkraftwerke und auch Kaiseraugst von der französischen Industrie zusammen mit amerikanischen Partnern errichtet werden.“ Vgl. Referat I A 6, Bd. 376.

⁹ Auf der Schlußbesprechung beider Delegationen am 31. Januar 1970 gaben Bundesminister Leussink und der französische Wissenschaftsminister Ortoli eine kurze Zusammenfassung ihres Gesprächs vom Vortag. Im Mittelpunkt der Unterredung standen die Frage einer Zusammenarbeit beim Reaktorbau, bei der Entwicklung von Trägerraketen sowie im Rahmen von EURATOM. Für die Gesprächsaufzeichnung vgl. VS-Bd. 1844 (II A 7); B 150, Aktenkopien 1970.

¹⁰ Geplant wurde das Atomkraftwerk Fessenheim im Elsaß, das 1976 den Betrieb aufnahm.

¹¹ Jacques Chaban-Delmas war vom 6. November 1957 bis 15. April 1958 französischer Verteidigungsminister.

Bundesminister Strauß sich damals für den Starfighter entschieden habe¹², was der deutsch-französischen Zusammenarbeit einen harten Schlag versetzt habe. Auch auf dem Erdölsektor seien Möglichkeiten ausgelassen worden.¹³ Im Flugzeugbau sehe man zur Zeit überhaupt keine Chance, wenn man einmal von dem Airbus-Projekt¹⁴ absehe. Überhaupt müsse man feststellen, daß sich in der aeronautischen Industrie recht unlogische Geschehnisse ereigneten. Frankreich habe beispielsweise bei einem bestimmten Flugzeugtyp schreckerregende technische Probleme gelöst. Die französische Industrie bedaure nicht etwa, daß sie diesen Typ nicht nach Deutschland verkaufen könne, sondern vielmehr, daß es hier nicht zu einem gemeinsamen Bau dieses Flugzeugs gekommen sei. Eine solche Zusammenarbeit hätte der Bundesrepublik eine Luftfahrtindustrie gegeben, von der er, wäre er Bundeskanzler, nur wünschen könne, sie zu haben. Die Firma Dassault wäre auch bereit gewesen, der deutschen Industrie einen noblen Anteil an der Zusammenarbeit zu überlassen. Man müsse sich wirklich fragen, warum diese Chance nicht genutzt worden sei. In der Zukunft solle man solche Pannen vermeiden. Kürzlich sei auch die Lösung eines LKW-Problems¹⁵ wieder ohne deutsch-französische Zusammenarbeit erfolgt. Zwar sei die Gruppe Daimler-Benz mächtiger als die entsprechende französische Gruppe, mit gutem Willen hätte man aber dennoch etwas tun können. Er wolle noch einmal klar sagen, daß Frankreich den Willen habe, mit Deutschland „en priorité“ zusammenzuarbeiten.

Der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, wenn beide Regierungen aus dieser Sicht an die Dinge herangingen, müsse man etwas erreichen können. Er wolle aber eine Bemerkung anfügen, damit man sich über die Schwierigkeiten nicht im unklaren sei. Es helfe nicht viel, daß er jetzt sage, daß er jahrelang mit vorhergehenden Bundesregierungen uneins in dieser Frage gewesen sei, weil seines Erachtens bei mehr Möglichkeiten, als sie sich abzeichneten, weniger getan worden sei. Er müsse in diesem Zusammenhang auf eine Frage eingehen, die er auch schon mit Staatspräsident Pompidou erörtert habe. Die Frage ob und in welchem Umfang die USA ihre Streitkräfte aus Europa zurückziehen wollten, sei mit dafür maßgebend, ob die Bundesrepublik in ein System des *burden-sharing* eintreten könne. Man habe keine große Begeisterung für dieses Thema, es komme aber auf uns zu. Aus der Lösung dieser Frage könne sich ergeben, daß weiterhin ein Teil der deutschen Lasten auf dem Sektor der Abnahme von Rüstungslieferungen liegen werde. Er sage dies nicht, um dem Wunsch des Premierministers entgegenzutreten, sondern weil objektive Gründe eine solche Entwicklung bewirken könnten.

¹² Zur Entscheidung vom Herbst 1958, die Bundeswehr statt mit dem französischen Kampfflugzeug Mirage III mit dem amerikanischen Starfighter F 104 G auszurüsten, vgl. STRAUSS, Erinnerungen, S. 315–317.

¹³ Im Dezember 1968 scheiterte ein Versuch der französischen Erdölgesellschaft *Compagnie Française des Pétroles* (CFP), ein von der Dresdner Bank angebotenes Aktienpaket (ca. 30 %) der *Gelsenberg AG* (GBAG) zu übernehmen. Vgl. dazu AAPD 1969, I, Dok. 9.

¹⁴ Am 26. September 1967 vereinbarte die Bundesrepublik mit Frankreich und Großbritannien die gemeinsame Entwicklung eines Großraumflugzeugs für Kurz- und Mittelstrecken („Airbus“). Vgl. dazu BULLETIN 1967, S. 894.

¹⁵ Die Daimler-Benz AG führte seit 1969 Verhandlungen mit der UdSSR über die Planung und Errichtung von LKW-Fabriken in der UdSSR mit einer Jahresproduktion von 150 000 Einheiten (Kama-Projekt). Vgl. dazu Dok. 40, Anm. 6.

Premierminister *Chaban-Delmas* legte dazu dar, daß gegenseitiges Vertrauen und so viel Information wie möglich über gegenseitige Positionen schon den Beginn gemeinsamer Lösungen darstellen könnten.

Der Herr *Bundeskanzler* schnitt dann einen Punkt an, der, wie er bemerkte, zwar ein technologisches Randgebiet betreffe, aber dennoch ein bißchen Ärger mache. Es handle sich dabei um die Frage des Standorts des Protonengroßbeschleunigers, der im Rahmen des CERN-Projektes geplant sei.¹⁶ In dieser Frage seien Frankreich und Deutschland als Konkurrenten aufgetreten. Frankreich habe einen sehr schönen Standort angeboten, der mit viel mehr Sonne und Strand aufwarten könne als der von Deutschland angebotene Standort. Auch die Belgier hätten ihren eigenen Vorschlag und hätten sich in dieser Hinsicht bereits in Bonn ausgeweint. Er wolle jetzt nicht in die Einzelheiten dieser Frage einsteigen, weil er wisse, daß man letzten Endes dieses Problem schon regeln werde. Er möchte aber doch Verständnis dafür wecken, daß in der Bundesrepublik bestimmte Reaktionen ausgelöst werden könnten. Der Beitrag der Bundesrepublik zu den Organisationen der Europäischen Gemeinschaft liege zwischen 33 und 36%. In der UNO sei die Bundesrepublik nach den USA und der Sowjetunion der drittgrößte Beitragszahler. Hingegen habe nicht eine einzige Organisation ihren Sitz in der Bundesrepublik. Frankreich habe die UNESCO, Italien die FAO, Brüssel habe den gewaltigen Komplex der Europäische Gemeinschaft. Die Bundesrepublik habe nichts dergleichen. Auf die Dauer gehe dies mit der öffentlichen Meinung nicht gut. Zwar wisse man in der Bundesrepublik, daß man manches nicht haben könne, weil viele Organisationen ihre Tätigkeit in einem Zeitpunkt begonnen hätten, in dem die Bundesrepublik als Sitz der Organisationen noch nicht in Frage kam. Es sei nun aber an der Zeit, für etwas mehr Ausgewogenheit zu sorgen. Man solle in den kommenden Jahren so vorgehen, daß jedesmal, wenn Deutschland ein anständiges Angebot unterbreite, man den deutschen Nachholbedarf berücksichtige. Wolle man diesen Nachholbedarf übergehen, könnte dies auch zu Schwierigkeiten mit den Leuten führen, die über die deutschen Beiträge zu befinden haben.

Premierminister *Chaban-Delmas* entgegnete, er halte dies für ein starkes Argument. Was den Standort des Großbeschleunigers anbelange, habe Frankreich einen sonnigen Standort vorgeschlagen. Durch bestimmte Umstände habe die französische Regierung dann jedoch beschlossen, den belgischen Antrag zu unterstützen, ohne ganz auf den eigenen Vorschlag zu verzichten, da wohl der belgische Vorschlag nicht zum Zuge käme; zumindest habe er Zweifel daran. Zu

¹⁶ Seit etwa 1960 wurde vom Centre Européen de Recherches Nucléaires (CERN) die Möglichkeit des Baus eines europäischen Protonengroßbeschleunigers für Energien von etwa 300 Gigaelektronenvolt geprüft. In einem Schreiben des Bundesministers Stoltenberg vom 4. September 1968 an CERN zeigte sich die Bundesrepublik unter bestimmten Voraussetzungen an dem Projekt interessiert. Darüber hinaus hatten bis zum Sommer 1969 Belgien, Frankreich, Italien, Österreich und die Schweiz ihre vorläufige Absicht erklärt, sich an dem Vorhaben zu beteiligen. Vgl. dazu die Aufzeichnung des Bundesministeriums für wissenschaftliche Forschung vom 1. Juli 1969; Referat I A 6, Bd. 244. Vgl. dazu auch den Schrifteilaß des Vortragenden Legationsrats Brunner an die Botschaft in Bern und die Ständige Vertretung bei den Internationalen Organisationen in Genf vom 20. August 1969; Referat I A 6, Bd. 244.

Alle interessierten Staaten, mit Ausnahme der Schweiz, boten einen Standort für den Großbeschleuniger an: Belgien schlug Focant in der Provinz Namur vor, die Bundesrepublik Drensteinfurt bei Münster/Westfalen, Frankreich Le Luc bei Marseille, Italien Doberdò in der Provinz Triest und Österreich Göpfritz an der Wild in Niederösterreich.

der allgemeinen Frage wolle er aber gern zur Kenntnis nehmen, was der Herr Bundeskanzler vorgetragen habe, weil, wie gesagt, die vorgebrachten Argumente sehr stichhaltig seien.

Premierminister Chaban-Delmas schnitt sodann die Frage der gemeinsamen europäischen Jugendarbeit an. Er erinnerte in diesem Zusammenhang an den Auftrag des Protokolls vom Haag.¹⁷ Er regte an, beide Regierungen sollten sofort exploratorische Schritte im Sinne des Punktes 15¹⁸ des Protokolls vom Haag einleiten lassen. Der Herr Bundeskanzler erklärte sich damit einverstanden. Er füge hinzu, daß ein europäisches Jugendwerk in deutscher Sicht kein Konkurrenzunternehmen zum deutsch-französischen Jugendwerk darstellen könne. Aus zeitlichen und finanziellen Gründen müßte ein europäisches Jugendwerk zunächst ganz andere Qualität und Quantität als das deutsch-französische Jugendwerk aufweisen.

Premierminister Chaban-Delmas und der Herr Bundeskanzler führten sodann einen kurzen Meinungsaustausch über die Fragen des Unterrichts der deutschen und französischen Sprache in beiden Ländern. Es wurde vereinbart darauf zu achten, daß sich die derzeitige Lage nicht verschlechtere und ein weiterer Ausbau des gegenseitigen Sprachunterrichts nicht behindert werde.

Der Herr Bundeskanzler teilte dem Herrn Premierminister sodann mit, daß er heute morgen beim Staatspräsidenten angeregt habe, die Studiengruppe über Fragen der Sicherheit in den siebziger Jahren¹⁹ zu beauftragen, bis zum nächsten Treffen im Sommer auch Fragen zu prüfen, die sich aus den SALT-Gesprächen ergeben könnten. Eine solche Prüfung könne ihre Bedeutung auch im Hinblick auf eine gemeinsame Orientierung für eine eventuelle Europäische Sicherheitskonferenz haben.

Premierminister Chaban-Delmas erklärte, er halte dies für eine gute Entscheidung. Es sei ganz allgemein von Interesse, sich präzise Ideen über mögliche amerikanische Projekte in der Zukunft zu verschaffen. Er halte es nach den Informationen, die ihm zugänglich seien, für logisch, daß die USA nach Beendigung des Vietnam-Krieges mit einer Lage konfrontiert seien, in der, wie vorsichtig man dies auch formulieren wolle, die amerikanische Nation doch das Gefühl habe, daß ihrer Moral ein schwerer Schlag versetzt worden sei. Dies komme zu den schon schwierigen innenpolitischen Problemen der USA noch hinzu. Es seien schon Befürchtungen laut geworden, daß es dann zu einem neuen amerikanischen Isolationismus kommen könne. Die Gefährlichkeit einer solchen Lage sei nicht zu übersehen.

Der Herr Bundeskanzler stimmte dem zu.

¹⁷ Ziffer 16 des Schlußkommunikés der Konferenz der Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 1./2. Dezember 1969 in Den Haag: „Den hier beschlossenen Maßnahmen für die schöpferische Gestaltung und das Wachstum Europas steht eine größere Zukunft offen, wenn die Jugend daran engen Anteil hat; dieses Anliegen haben die Regierungen beherzigt, und die Gemeinschaften werden sich dessen annehmen.“ Vgl. EUROPA-ARCHIV 1970, D 44.

¹⁸ Diese Ziffer wurde von Staatssekretär Harkort hervorgehoben. Dazu Fragezeichen.

In Ziffer 15 des Schlußkommunikés der Konferenz der Staats- oder Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 1./2. Dezember 1969 in Den Haag wurde die politische Einigung der Europäischen Gemeinschaften behandelt. Vgl. dazu Dok. 11, Anm. 13.

¹⁹ Zu diesem Vorschlag gegenüber Staatspräsident Pompidou vgl. Dok. 29, besonders Anm. 16 und 17.

Premierminister *Chaban-Delmas* ging dann noch auf die Frage der Befugnisse des Europäischen Parlaments ein. Er legte dar, man müsse sich davor hüten, daß in dieser Frage irgendwelche verkrampte Haltungen zum Zuge kämen. Die Sache dürfe nicht im theologischen Bereich ausgetragen werden. Bekanntlich hätten die Franzosen eine starke Neigung zu theologischen Debatten, die sich auch darin äußere, daß man immer wieder über das Geschlecht der Engel diskutiere. Was die Frage selbst anbelange, halte er dafür, daß das Europäische Parlament Kontrollrechte entwickeln solle, dabei die Rolle des Ministerrates respektieren müsse und nicht leichtfertig finanzielle Demagogie betreiben dürfe. Die Straßburger Versammlung könne auch nicht mehr verlangen, als den nationalen Parlamenten eingeräumt sei.

Der Herr *Bundeskanzler* entgegnete, er wolle diese Frage gewiß nicht bagatelisieren. Es könne zu Konflikten mit seinem eigenen Parlament kommen, wenn der Eindruck entstehe, daß er dieser Frage nicht die gebührende Aufmerksamkeit schenke. Er sei aber dafür, das einzuhalten, was man im Haag mit einer Verstärkung der Haushaltsrechte²⁰ gemeint habe. Im übrigen stehe das Problem für 1975 an. Bis dahin sei noch viel zu tun, um zu einer abgewogenen, ausgeglichenen Politik der Gemeinschaft zu kommen. Er sehe überhaupt keinen Grund dafür, daß sich in dieser Frage Deutschland und Frankreich ausmanövrieren lassen sollten.

Premierminister *Chaban-Delmas* entgegnete, er sehe die Lage genauso. Er müsse dabei auch an die Sorgen seines Kollegen, des Außenministers Schumann denken. Minister Schumann habe gewiß viel zu tun; man solle ihm aber ersparen, als „Maurice Schumann, Jungfrau und Märtyrer“ in die Geschichte einzugehen.

Auf eine Frage des Premierministers unterrichtete der Herr *Bundeskanzler* diesen noch über seine Gespräche mit dem Staatspräsidenten zu Themen der Ostpolitik.²¹

Der Herr *Bundeskanzler* überließ es dem Premierminister, einen Vorschlag für den Zeitpunkt der nächsten Regierungsbesprechungen zu unterbreiten.

Premierminister *Chaban-Delmas* erklärte, man werde versuchen, dieses Treffen für Ende Juni, Anfang Juli vorzusehen.²² Er arbeite zur Zeit daran, daß es keine Mai-Ereignisse mehr gebe, die eine Verlegung der Gespräche in den September erforderlich machen könnten.

²⁰ In Ziffer 5 des Kommuniqués der Konferenz der Staats- oder Regierungschefs der EG-Mitgliedstaaten am 1./2. Dezember 1969 in Den Haag wurde die Absicht erklärt, „die Beiträge der Mitgliedstaaten im Verfahren des Artikels 201 des EWG-Vertrags schrittweise durch eigene Einnahmen zu ersetzen mit dem Ziel, fristgerecht zu einer vollständigen Finanzierung der Haushalte der Gemeinschaften zu gelangen“. Darüber hinaus sollten die Haushaltsbefugnisse des Europäischen Parlaments verstärkt werden. Vgl. EUROPA-ARCHIV 1970, D 43.

Vgl. dazu auch die Beschlüsse der EG-Ministerratstagung vom 19. bis 22. Dezember 1969 in Brüssel; Dok. 11, Anm. 3.

²¹ Für das erste Gespräch des Bundeskanzlers Brandt mit Staatspräsident Pompidou am 30. Januar 1970 vgl. Dok. 29. Zum zweiten Gespräch vom gleichen Tag vgl. Dok. 29, Anm. 22.

²² Die nächsten deutsch-französischen Konsultationsgespräche fanden am 3. Juli 1970 in Bonn statt. Vgl. dazu Dok. 291 – 294.

Er wünsche dem Herrn Bundeskanzler allen denkbaren Erfolg für dessen Arbeit. Er freue sich, noch etwa zwei bis drei Jahre mit ihm zusammenarbeiten zu können. Nach Ablauf dieser Zeit wolle er sich anderen Tätigkeiten widmen. Das Gespräch endete gegen 17.00 Uhr.

VS-Bd. 2673 (I A 1)

31

Aufzeichnung des Vortragenden Legationsrats I. Klasse Müller

30. Januar 1970

Betr.: Deutsch-französische Konsultation der Außenminister am 30. Januar 1970 in Paris – Zusammengefaßte Niederschrift –

In zwei Sitzungen, die in ausgesprochen freundschaftlicher und offener Atmosphäre verliefen, behandelten die Minister folgende Themen:

I. 1) Lage im Mittelmeer

Wie schon bei den letzten Außenminister-Konsultationen in Bonn gab Außenminister Schumann einen Überblick über die französische Embargo-Politik und legte Gründe für Mirage-Lieferungen an Libyen¹ dar. Hauptargument: Notwendigkeit im gesamtwestlichen Interesse, eine Lücke zu füllen, um zu vermeiden, daß östliche Staaten in die Position des Westens einrückten. Im Gegensatz zu UdSSR, USA und Großbritannien habe Frankreich der libyschen Regierung von sich aus kein Angebot gemacht, sondern sei von der libyschen Regierung um die Lieferung gebeten worden. Unter diesen Umständen hätte sich wohl keine Regierung diesem Wunsche entziehen können. Schumann verwies erneut auf die zeitlich befristeten und damit kontrollierbaren Mirage-Lieferungen an Libyen. Es gäbe keine französische Politik des Waffenhandels im Mittelmeer, wohl aber eine Maghreb- und Nahostpolitik Frankreichs.

Zum Vierergespräch² betonte er, Frankreich wolle von sich aus keinen Plan zum amerikanischen³ und sowjetischen⁴ auf den Tisch legen. Man habe sich vielmehr auf eine Darlegung der Möglichkeiten beschränkt, die sich nach Zu-

¹ Botschafter Turnwald, Tripolis, erläuterte dazu am 30. April 1970, daß Frankreich mit „den sensationellen Vereinbarungen über die Lieferung von 108 Mirages“ die Chance, „die sich ihm in Libyen nach der Revolution geboten hat, ergriffen und sich damit maßgeblichen Einfluß auf die Entwicklung in Libyen gesichert“ habe. Vgl. den Schriftbericht, Referat I B 4, Bd. 413.

² Seit 4. April 1969 fanden in New York Gespräche zwischen den Vier Mächten über eine Friedensregelung für den Nahen Osten statt.

³ Am 9. Dezember 1969 unterbreitete der amerikanische Außenminister Rogers im Rahmen einer Rede in Washington Vorschläge zur Lösung des Nahost-Konflikts. Vgl. dazu EUROPA-ARCHIV 1969, D 597–602.

⁴ Für den sowjetischen Vorschlag vom 27. Januar 1970 für eine Friedensregelung im Nahen Osten vgl. EUROPA-ARCHIV 1970, D 442 (Auszug).

sammenstellung der in den amerikanischen und sowjetischen Plänen enthaltenen gemeinsamen Punkte ergäben. So könne man ein gewisses Maß an Übereinstimmung feststellen, und zwar auf dem Gebiet der Räumung der besetzten Gebiete, der Garantie für die staatliche Integrität der Nahoststaaten und der freien Durchfahrt durch die internationalen Gewässer. Man denke daran, mit diesem Katalog Jarring eine Basis für eine weitere Erkundigungsmission zu bieten.⁵ Bisher seien leider weder Vereinigte Staaten noch UdSSR positiv; Wilson habe zugesagt, sich bei Nixon für das französische Verfahren einzusetzen.

Bundesminister legte dar, daß unsere Nahostpolitik bestimmt sei einmal durch ein besonderes Verhältnis zu Israel, zum anderen durch unseren Wunsch, die Beziehungen zur arabischen Welt bald zu normalisieren. Dabei seien wir zu behutsamem Vorgehen bei der Wiederanknüpfung mit den Staaten gezwungen, die inzwischen diplomatische Beziehungen zur DDR aufgenommen haben.⁶ Aus seinem Gespräch mit dem jordanischen Ministerpräsidenten⁷ ergäbe sich, daß die französischen Vorstellungen zur Lösung des Nahost-Konfliktes in Jordanien positive Aufnahme fänden, jedenfalls bessere als der Nahostplan der Vereinigten Staaten. Bundesminister empfahl, daß Frankreich seine besonderen Möglichkeiten, zu einer Stabilisierung im Nahost- und Mittelmeerraum beizutragen, weiter nutze. Schumann betonte abschließend, Frankreich habe Gesten des guten Willens gegenüber Israel gemacht, Israel habe es bisher leider an jeder positiven Gegengeste fehlen lassen; vielmehr entstehe der Eindruck, als bemühe sich Israel, die Vierergespräche in eine Sackgasse zu führen, um ein direktes Gespräch mit den Arabern zu erhalten; dies sei nach Lage der Dinge und auch nach Ansicht Jarrings aussichtslos.

2) Europäische Fragen (Haushaltsbefugnis des Europäischen Parlaments⁸)

Bundesminister führte aus, wir müßten uns bemühen, eine Lösung zu finden, die für alle tragbar sei. Er habe den Eindruck, daß auch andere bereit seien, ihr bisherige Haltung zu modifizieren, wenn das Prinzip nicht verletzt werde. Es gelte, dem Parlament die letzte Entscheidung zu überlassen, zumal die Bandbreite für autonome Beschlüsse des europäischen Parlaments gering sei. Wenn man auf dem Wege zu dieser Entscheidungsbefugnis des Parlaments die eine oder andere Kontrollfunktion einbaue, die eine sparsame Budgetpolitik sicherstelle, müßte es möglich sein, das Prinzip zu erhalten. Wir hätten zur Zeit keine Formel und wären bereit, mit den übrigen Partnern Kontakte aufzunehmen, um eine Formel auszuarbeiten, die eine baldige Verabschiedung ermögliche. Vorschlag der Präsidentschaft⁹ geht von komplizierter Berechnung der durch-

⁵ Der schwedische Botschafter in Moskau, Jarring, war seit dem 27. November 1967 als Sonderbeauftragter der UNO für den Nahen Osten tätig.

⁶ Zu den arabischen Staaten, die 1969 diplomatische Beziehungen zur DDR aufnahmen, vgl. Dok. 4, Anm. 5.

⁷ Für das Gespräch des Bundesministers Scheel mit Ministerpräsident Talhouni am 29. Januar 1970, bei dem die Frage humanitärer Hilfe an die palästinensischen Flüchtlinge im Mittelpunkt stand, vgl. VS-Bd. 10091 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1970.

⁸ Zu den Beschlüssen der EG-Ministerratstagung vom 19. bis 22. Dezember 1969 in Brüssel für eine Erweiterung der Haushaltsbefugnisse des Europäischen Parlaments vgl. Dok. 11, Anm. 3.

⁹ Auf der EG-Ministerratstagung am 19./20. Januar 1970 in Brüssel legte der Präsident des EG-Ministerrats, Harmel, folgenden Vorschlag zur Regelung der Haushaltsbefugnisse des Europäischen Parlaments vor: „a) L'Assemblée Parlementaire pourra créer des recettes nouvelles pour financer

schnittlichen Zuwachsrate der nationalen Haushalte aus. Man müsse Harmel fragen, welche Referenzperiode er im Auge habe, wie Bewegungsspielraum zu bemessen sei.

Schumann betonte, daß man sich hinsichtlich des Ziels einig sei, die „pouvoir final de décision“ des Parlaments werde respektiert, jedoch müsse sichergestellt werden, daß das Parlament zu vernünftiger Haushaltsführung angehalten werde. Er schlage vor, daß Durchschnittssatz der nationalen Haushalte festgelegt wird, damit das Parlament im Rahmen seiner Befugnisse keine höheren Ausgaben beschließt, als dies der durchschnittlichen Zuwachsrate in den Ländern entspreche. Wenn dies schwierig sei, solle man die Kommission, die das Instrumentarium dazu habe, beauftragen, diesen Satz festzulegen. Wenn dieser einmal berechnet sei, dann entfalle ein weiterer Anlaß, die Haushaltsbefugnis zu beschränken.

Bundesminister wandte sich gegen Automatismus im Budgetrecht. Das Parlament werde die Freiheit möglicherweise ausnutzen. Ein Automatismus werde immer ausgeschöpft. Die letzte Entscheidung müsse ihm erhalten bleiben, aber der Weg dazu müsse schwierig gemacht und ein Höchstmaß an checks and balances eingebaut werden. Hinweis auf Verfassungswirklichkeit des Art. 113 GG, wo auch letzte Entscheidungsbefugnis Parlaments erhalten bleibe.

Schumann: Die Frage der Haushaltsbefugnis sei nicht die schwerste Entscheidung, die zu treffen sei. Für Frankreich sei dies keine Doktrin, keine Theorie. Es gelte, das „Europe de sagesse“, nicht ein verschwenderisches Europa zu schaffen. Bundesminister meinte auch, die Sache sei schließlich nicht eilig. Der Beschluß werde erst in einigen Jahren wirksam werden. Es sei besser, die Frage nicht im nächsten Rat zu behandeln, jedenfalls nicht solange, bis sich eine Einigung abzeichne. Wir sollten es uns allen ersparen, erneut ohne Einigung auseinanderzugehen.

Schumann meinte unter Hinweis auf die bekannte Trilogie-These, eine baldige Einigung sei notwendig, weil es sich um ein Element des „achèvement“ handle, was vor der Erweiterung der Gemeinschaft geregelt sein müsse.¹⁰ Im Sinne der konsequenten Durchführung der Haager Beschlüsse soll man sich bemühen, bei der nächsten Ratssitzung die Entscheidung zu treffen. Für ihn sei der Beschluß vom 22. 12. 69 leider nicht annehmbar; für andere seien die französischen Gegenvorschläge¹¹ nicht annehmbar. Am besten wäre daher eine Einigung auf der Grundlage des Präsidentschaftsvorschlages.

Fortsetzung Fußnote von Seite 136

les dépenses qu'elle fixe pour ce qui concerne son budget propre et les dépenses sur lesquelles elle décide en dernier ressort, en respectant la moyenne des augmentations budgétaires des Etats membres; celles-ci doivent correspondre à la politique conjoncturelle de la Communauté. b) L'Assemblée Parlementaire doit avoir la possibilité de disposer de manière permanente de ce pouvoir et être dès lors à même d'augmenter conformément au a) ci-dessus, les recettes communautaires.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 142 der Ständigen Vertretung bei den Europäischen Gemeinschaften in Brüssel; Referat III E 1, Bd. 1964.

¹⁰ Am 22. Juli 1969 führte der französische Außenminister Schumann auf der EG-Ministerratstagung in Brüssel aus, daß erst nach einer Phase der Vervollendung der EG (achèvement) und einer sich anschließenden Phase der Vertiefung (approfondissement) eine Erweiterung (élargissement) der Gemeinschaft ohne ihre Schwächung möglich sein werde. Vgl. LA POLITIQUE ETRANGERE 1969, II, S. 48 f. Für den deutschen Wortlaut vgl. EUROPA-ARCHIV 1969, D 421 f.

¹¹ Zu den französischen Vorschlägen vom 15. bzw. 19./20. Januar 1970 vgl. Dok. 11, Anm. 5 und Anm. 9.

Auf die Frage des Bundesministers, wie die englische Haltung sei, führte Schumann u.a. aus, die Engländer könnten sich nicht vorstellen, daß Parlament Initiativ-Recht habe, hielten sich aber insgesamt mit einer Stellungnahme zurück.

Staatssekretär Harkort führte aus, seine Gespräche mit den Holländern am 29.1. ließen es geraten erscheinen, die Frage behutsam anzugehen. Die Holländer seien ziemlich unbeweglich. Sie würden große Schwierigkeiten machen, wenn wir an den Beschlüssen vom 22.12.69 rütteln würden. (Hinweis auf Tagung Europäischen Parlaments). Die Chancen für die Behandlung des Themas würden daher beim übernächsten Ministerrat etwas besser sein. Wir hätten keinen festen Plan, aber er habe folgende Idee: Man sollte besonders wegen der holländischen Haltung möglichst den alten Text stehen lassen und dafür indirekte Begrenzung an anderen Stellen einbauen, z.B. bei Artikel 201, § 5¹² oder auch anderswo. Die französische Überlegung knüpfe direkt an die Begrenzung der unmittelbaren Ausgaben an. Vielleicht könne man die indirekte Begrenzung finden, wenn das Parlament nur einen 0,x-Prozentsatz der aus der Umsatzsteuer in den Brüsseler Haushalt einfließenden Geldmenge in Anspruch nehmen dürfe. Hierzu sagte Schumann, der Widerstand der Holländer sei vielleicht doch nicht so ernst, denn sie wollten ja schließlich die Beitrittsverhandlungen mit Großbritannien nicht verzögern. Er werde die Ideen von Herrn Harkort, die ihn auf Anhieb nicht überzeugten, sorgfältig prüfen. Im übrigen erscheine ihm der französische Vorschlag der Betrauung der Kommission einfacher, auch für das Europäische Parlament annehmbarer. Man dürfe nicht vergessen, daß der Harmel-Vorschlag durch Luxemburg ebenfalls akzeptiert werde. Über die italienische Haltung könne er sich nicht äußern.

II. Bilaterale Fragen

1) Die Minister waren sich einig, daß der deutsch-französische Industrieausschuß¹³ in seiner bisherigen Form bestehen bleiben sollte, zumal sich seit der letzten Konsultation im September in Bonn¹⁴ positive Entwicklungen anbahnten. Bundesminister stellte deutsche Überlegungen in Aussicht. Hinweis auf Meinungsumfrage des französischen Kabinetts an die französische Industrie und ihre positive Beantwortung (100 Antworten, 130 auf diejenige Umfrage des BDI).

2) In der Sprachenfrage wiederholte Schumann die bekannten französischen Wünsche und sprach die Hoffnung aus, daß die bevorstehenden Düsseldorfer Verhandlungen¹⁵ gute Resultate für die Gleichstellung des Französischen mit

¹² Artikel 201 des EWG-Vertrags vom 25. März 1957: „Die Kommission prüft, unter welchen Bedingungen die in Artikel 200 vorgesehenen Finanzbeiträge der Mitgliedstaaten durch eigene Mittel, insbesondere durch Einnahmen aus dem Gemeinsamen Zolltarif nach dessen endgültiger Einführung, ersetzt werden können. Die Kommission unterbreitet dem Rat diesbezügliche Vorschläge. Nach Anhörung der Versammlung zu diesen Vorschlägen kann der Rat einstimmig die entsprechenden Bestimmungen festlegen und den Mitgliedstaaten zur Annahme gemäß ihren verfassungsrechtlichen Vorschriften empfehlen.“ Vgl. BUNDESGESETZBLATT 1957, Teil II, S. 882.

¹³ Zur Gründung eines deutsch-französischen Ausschusses für wirtschaftliche und industrielle Zusammenarbeit vgl. Dok. 30, Anm. 4.

¹⁴ Die deutsch-französischen Konsultationsgespräche fanden am 8./9. September 1969 statt. Vgl. dazu AAPD 1969, II, Dok. 279, Dok. 280 und Dok. 282.

¹⁵ Im Zuge der Umsetzung des deutsch-französischen Vertrags von 1963 fanden regelmäßige Gespräche des „Bevollmächtigten der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rah-

dem Englischen ergäben. Schumann betonte, daß die neue französische Verordnung über den Sprachunterricht das Englische und Deutsche rechtlich gleichstelle.

3) Die Rüstungszusammenarbeit: Bundesminister schlug vor, ein informelles Treffen der beiden Außenminister mit den beiden Verteidigungsministern¹⁶ vorzusehen. Dabei könnten Fragen der Rüstungszusammenarbeit und Themen der Sicherheitspolitik erörtert werden.

4) CERN¹⁷ wurde kurz gestreift und auf die Forschungsminister¹⁸ verwiesen.

5) In der Frage des angereicherten Uraniums kam Schumann im wesentlichen auf den Vorschlag Pompidous zurück: einer „usine européenne“. Bundesminister empfahl eine französische Beteiligung an der deutsch-englisch-niederländischen Gaszentrifuge.¹⁹ Französischem Hinweis, daß Kommission gegen das Urananreicherungsprojekt Vorbehalte habe, begegnete StS Harkort damit, daß wir glaubten, die drei Einwände der Kommission entkräften zu können. StS sagte im übrigen, daß wir nicht auf das Zentrifugensystem festgelegt seien, sondern auch für das Diffusionsverfahren Interesse hätten. Schumann regte an, die Idee in der Kommission zu prüfen.

6) Bundesminister schnitt Kaiseraugst²⁰ an und bat französischen Außenminister, der sich über letzten Stand nicht unterrichtet zeigte, Problem im Sinne einer deutsch-französischen Zusammenarbeit zu prüfen.

III. Bundesminister gab ausführliche Erläuterungen zu unserer Berlin-Politik, hob den für uns unveräußerlichen Berlin-Status und unseren Wunsch hervor, auf dem Gebiet der Verbindungswege von und nach sowie in Berlin Verbesserungen zu erzielen. Bundesminister meinte, die deutsch-sowjetischen Beziehungen, besonders beim Handel, in der Kultur und der technischen Zusammenarbeit entwickelten sich günstig; auch der Warenaustausch sei im vertragslosen Zustand in elf Monaten 1969 auf 2,5 Mrd. angewachsen, eine Rate, die noch durch das Gas-Großrohr-Geschäft²¹ ansteigen werde; indessen zielten unsere gesamten Bemühungen darauf ab, die Beziehungen zur Sowjetunion wieder auf vertragliche Abmachungen zu stellen. So führten wir die Gespräche, was Berlin angehe, mit der Zielsetzung, letztlich im Verhältnis zu den Warschauer Vertragsstaaten auch zu einer Berlin-Klausel zu kommen, um auch hier die vertragliche Absicherung zu haben.

Fortsetzung Fußnote von Seite 138

men des Vertrags über die deutsch-französische Zusammenarbeit“ mit dem französischen Erziehungsminister statt. Beauftragter der Bundesrepublik für die Jahre 1968 bis 1970 war der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Kühn. Am 23./24. Oktober 1969 kamen Kühn und Guichard in Düsseldorf zusammen; das darauffolgende Treffen fand am 8./9. September 1970 in Paris statt. Vgl. dazu Referat 621 B, Bd. 13.

¹⁶ Helmut Schmidt und Michel Debré.

¹⁷ Zum Projekt eines europäischen Protonengroßbeschleunigers vgl. Dok. 30, Anm. 16.

¹⁸ Hans Leussink und François Ortol.

¹⁹ Zum Projekt einer Gasultrazentrifuge und zur französischen Haltung dazu vgl. zuletzt AAPD 1969, II, Dok. 400.

²⁰ Zur Frage einer Beteiligung von Firmen aus der Bundesrepublik an dem französisch-schweizerischen Projekt eines Kernkraftwerks vgl. Dok. 30, Anm. 8.

²¹ Zu den Verträgen vom 1. Februar 1970 mit der UdSSR über die Lieferung von Erdgas und Röhren vgl. Dok. 23, besonders Anm. 1.

Was den Gewaltverzicht angehe, so hätten zwar die Sowjets aus Anlaß des Nichtverbreitungsabkommens die Resolution des Weltsicherheitsrats²² angezogen, – eine Verbesserung –, aber sie hätten sich noch nicht zu Artikel 53 und 107 bekannt. Es müßten unsere Beziehungen, beginnend mit der Sowjetunion, später mit anderen Oststaaten und mit Hilfe des „Vehikels“ eines Gewaltverzichts für eine Übergangszeit ausgestaltet werden, um andere ungelöste Fragen zu bereinigen. Hinweis auf Mission Bahr und Wiedergabe des ersten Drahtberichts aus Moskau.²³ Die Weisung für Herrn Bahr sei in der Vierergruppe behandelt worden.

Schumann betonte erneut, wie sehr unsere politischen Bemühungen um eine Entspannung die Unterstützung der französischen Regierung fänden, meldete allerdings seine Besorgnis hinsichtlich der Kreditvereinbarungen mit der Sowjetunion an. Diese gingen über das hinaus, was die Berner Union²⁴ erlaube. Es müsse vermieden werden, daß Sowjets die Möglichkeit erhielten, den einen gegen den andern westlichen Partner auszuspielen. Bundesminister teilte diese Auffassung, wies auf den exzeptionellen Charakter des Geschäfts hin und meinte, wir sollten eine bessere Konsultation und Abstimmung suchen und keine unkontrollierte Wettbewerbssituation schaffen. Dem stimmte Schumann zu. Zu Berlin sagte Schumann, hier handele es sich um alliierte Interessen. Bei Gesprächen mit DDR ergebe sich langfristige Gefahr, daß eine De-facto-Anerkennung der DDR den Druck auf Berlin stärke. West-Berlin falle in die Verantwortlichkeit der drei Alliierten. Aufrechterhaltung des Berlin-Status sei nicht zuletzt auch ein deutsches Interesse. Die Sondagen der drei Alliierten in Moskau²⁵ seien bisher ohne Antwort. Unsere Vorhaben sollten diese Alliierten-Sondagen nicht berühren.

Zu ESK wiederholte Schumann die bekannten französischen Thesen.

Bundesminister unterstützte Ansicht Schumanns in Berlin-Frage voll und ganz. Bei unseren Verhandlungen mit dem Osten werde Berlin-Problem sorgfältig ausgeklammert; Verantwortung der drei Alliierten und deren völkerrechtliche

²² Der UNO-Sicherheitsrat bekräftigte in Resolution Nr. 255 vom 19. Juni 1968: „The Security Council [...] 1) Recognizes that aggression with nuclear weapons or the threat of such aggression against a non-nuclear-weapon State would create a situation in which the Security Council, and above all its nuclear-weapon State permanent members, would have to act immediately in accordance with their obligations under the United Nations Charter; 2) Welcomes the intention expressed by certain States that they will provide or support immediate assistance, in accordance with the Charter, to any non-nuclear-weapon State Party to the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons that is a victim of an act or an object of a threat of aggression in which nuclear weapons are used.“ Vgl. UNITED NATIONS RESOLUTIONS, Serie II, Bd. VII, S. 23. Für den deutschen Wortlaut vgl. EURO-PA-ARCHIV 1968, D 333 f.

²³ Am 29. Januar 1970 berichtete Staatssekretär Bahr, Bundeskanzleramt, z. Z. Moskau: „Nach den ersten Eindrücken und Pressekontakten erscheint es mir zweckmäßig, bei Kommentierung meines hiesigen Aufenthaltes folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen: 1) Meine Stellung als Berlin-Beauftragter sollte tunlichst nicht hervorgehoben werden. 2) Es sollte nicht von der Führung eines ersten Gesprächs durch mich, sondern von der Führung des vierten Gesprächs des laufenden deutsch-sowjetischen Meinungsaustauschs gesprochen werden. 3) Bei Qualifizierung des bevorstehenden Kontakts mit Gromyko sollte es zunächst bei Formulierungen wie ‚Gespräche‘ oder ‚Meinungsaustausch‘ bleiben. Wir sollten nicht von uns aus erklären, daß nunmehr die Phase der Verhandlungen beginnt, da Sowjets sich sonst präjudiziert fühlen könnten.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 145; VS-Bd. 10069 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1970.

²⁴ Zur Berner Union vgl. Dok. 23, Anm. 2.

²⁵ Zur Note der Drei Mächte vom 16. Dezember 1969 vgl. Dok. 2, Anm. 3.

Stellung in Berlin werde nicht tangiert. Nicht mit einem Jota wollten wir den völkerrechtlichen Status von Berlin gefährden.

Müller

Referat I A 1, Bd. 715

32

**Aufzeichnung des
Vortragenden Legationsrats I. Klasse Soltmann**

III A 4-83.71/0-94.29-62/70 geheim

30. Januar 1970

Betr.: Ressortbesprechung über den deutsch-sowjetischen Luftverkehr am 29. Januar 1970

Bezug: Schreiben des Auswärtigen Amts vom 26. Januar 1970; AZ: II A 1 – SL 94.29

Anwesend waren Vertreter des BKA, BMF, BMV, BMVg, BMB, der Vertretung des Landes Berlin und der Referate V 1, V 2, II A 1 und II A 4 des Auswärtigen Amts. Vorsitzender VLR I Dr. Soltmann, III A 4.

Der Vorsitzende gab einen kurzen Überblick über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen.

Zum weiteren Procedere wurde beschlossen, daß aufgrund eines Wunsches des Bundeskanzlers das BMV in Abstimmung mit dem AA eine Kabinettsvorlage ausarbeitet, die es dem Kabinett ermöglicht, Entscheidungen zu treffen oder noch bestehende unterschiedliche Auffassungen abzuklären. Dieser Kabinettsvorlage solle ein Antwortentwurf beigelegt werden, welcher seitens des AA dem sowjetischen Botschafter Zarapkin als Antwort auf die Note vom 19. 1.¹ zu überreichen wäre.²

Das BMV bedauerte, daß die Alliierten ohne vorherige Rücksprache mit dem BMV konsultiert worden seien. Er bitte in Zukunft um rechtzeitige Beteiligung.

A) Streckenführung

Das BMV erklärte, es handele sich für die Lufthansa um eine Lebensfrage. Die LH werde zu einer zweitklassigen Luftlinie degradiert werden, falls sie nicht über Sibirien nach Japan fliegen könne. Die Sowjetunion habe verkehrspolitisch die stärkere Position, da es der Aeroflot ohne weiteres möglich sei, das Bundesgebiet zu umfliegen, während die Lufthansa über sowjetisches Gebiet fliegen müsse, wenn sie die kürzeste Strecke nach Japan benutzen wolle. Man sollte deshalb den sowjetischen Wünschen nachgeben und der Streckenführung über Erfurt zustimmen.

¹ Zur sowjetischen Note vom 19. Januar 1970 vgl. Dok. 13, besonders Anm. 3.

² Zum Entwurf eines Aide-mémoire der Bundesregierung vgl. Dok. 17, besonders Anm. 4.

Das BMVg stellte fest, daß es der Einrichtung eines Parallelverkehrs zu den Korridoren nicht zustimmen könne. Die Korridore könnten nur durch die Alliierten geschützt werden. Eine Planung für Eventualfälle sei auch nur unter der Voraussetzung der Beschränkung des Berlin-Verkehrs auf die Korridore möglich. Die DDR dürfe deshalb auch keine Rechte zur Kontrolle des Berlin-Verkehrs erhalten. Der Vertreter des Landes Berlin erklärte zustimmend, daß für Berlin die Übereinstimmung mit den Alliierten unabdingbar sei. Man könne bei diesen keine Mißstimmung hervorrufen.

Das BKA verwies auf frühere Argumente, aufgrund derer die Benutzung der Korridore durch die Sowjets gerade wegen der Gefährdung des Berlin-Verkehrs abgelehnt worden sei. Es habe deshalb keine grundsätzlichen Bedenken gegen eine Linienführung über Erfurt. Auch das BMF bezweifelte, daß ein Parallelverkehr den Flug durch die Korridore ernsthaft gefährden könnte, da ja für die Strecke Frankfurt–Berlin keine Rechte der 5. Freiheit³ gewährt würden. Das BMV erwähnte, daß man nach internationalem Gebrauch den Sowjets zwar die Einfugstelle in die Bundesrepublik vorschreiben könne, nicht aber den Weg zu dieser Einfugstelle. Für die Sowjets sei das Gebiet zwischen Berlin und der Bundesrepublik Hoheitsgebiet der DDR, auf dem sie sich von der Bundesrepublik keine Vorschriften machen lassen würden.

Referat II A 1 erklärte, daß der Bundeskanzler nicht bereit sei, mit den drei Alliierten über die Benutzung oder Nichtbenutzung der Korridore zu argumentieren. Die Alliierten hätten sich aber grundsätzlich gegen Parallelflüge ausgesprochen.⁴ Gerade nach Auffassung der Alliierten hätten die Sowjets ein Recht zur Benutzung der Korridore. Hierüber brauchten sie mit den Alliierten nicht zu verhandeln. Es gehe lediglich um die Art und Weise der Benutzung der Korridore, also um rechtzeitige Mitteilung an die Flugsicherungsorgane.

Zur technischen Frage des Einflugs in die Korridore erklärte das BMV, daß die Einschleusung von Flugzeugen grundsätzlich an mehreren Stellen möglich sei, z. B. innerhalb des Berliner Sicherheitsbereichs, auf halbem Wege und in der Nähe von Fulda kurz vor Erreichen des Gebiets der Bundesrepublik.

Beschluß:

Es wurde Übereinstimmung erzielt, daß dem Kabinett vorgeschlagen werden solle, die Sowjets auf den Flug durch die Korridore zu verweisen. Gleichzeitig müsse dem Kabinett aber auch vorgetragen werden, daß die Sowjets hiergegen Bedenken erheben könnten. Falls das Kabinett diese Bedenken für durchschlagend erachte, solle auch die Möglichkeit der Linienführung über Erfurt er-

³ Mit der sogenannten Fünften Freiheit gewährten sich die Vertragspartner eines Luftverkehrsabkommens gegenseitig das Recht, bei Zwischenlandungen in einem Drittstaat Fluggäste, Post und Fracht aufzunehmen bzw. abzusetzen.

⁴ Ministerialdirigent Robert notierte am 3. Februar 1970 über die Konsultation mit den Drei Mächten vom 28. Januar 1970: „Die Vertreter der drei Westmächte sprachen sich entschieden dagegen aus, daß Parallelrouten zu den bestehenden Luftkorridoren nach Berlin zugelassen würden. Dies hätte in wenigen Jahren zur Folge, daß der Zivilverkehr nach Berlin auf diese neuen Luftstrecken verwiesen würde und die Sowjets bzw. die DDR in den Korridoren nur noch Militärmaschinen fliegen lassen würden. Nur im äußersten Fall sei man bereit, eine Strecke Schönefeld–Eger–Frankfurt zu akzeptieren. Die deutsche Seite könne aber den Sowjets mitteilen, daß die drei Alliierten keine Bedenken gegen die Benutzung der Luftkorridore aufgrund der bestehenden Vier-Mächte-Vereinbarungen erheben würden.“ Vgl. VS-Bd. 4535 (II A 1); B 150, Aktenkopien 1970.

wähnt werden, allerdings einschließlich der Bedenken, die die Alliierten vortragen könnten.

Die Möglichkeit einer Linienführung über Eger soll in der Kabinettsvorlage nicht erwähnt werden, insbesondere weil das BMV der Auffassung ist, daß man einem Vertragspartner, der aus einem bestimmten Hoheitsgebiet einfliegen wolle, nicht einen Umweg über ein drittes Hoheitsgebiet vorschlagen könne.

Der Vorschlag, noch vor einer Kabinettsentscheidung mit den Alliierten über die Strecke Berlin-Erfurt-Frankfurt zu konsultieren, wurde abgelehnt, da eine völlige Geheimhaltung doch nicht möglich sei und die Sowjets sich auf eine Linienführung über Erfurt versteifen würde, sobald sie glaubten, daß die Bundesregierung nachgeben werde.

B) Landung in Berlin-Tegel

In dem Papier, das dem sowjetischen Botschafter Zarapkin am 17. September 1969 übergeben wurde⁵, ist vorgesehen, daß die Aeroflot den Verkehr über Schönefeld und die Lufthansa den Verkehr über Tegel gleichzeitig aufnehmen sollen. Das BMB und die Vertretung Berlins sprachen sich für die Aufrechterhaltung dieses Junktims aus, da sonst die Gefahr bestehe, daß der Flughafen Tegel durch die Konkurrenz Schönefelds „ausgetrocknet“ werde. Das BMVg schloß sich dieser Auffassung an. Referat II A 1 erklärte, daß man auf das Junktim zwar verzichten könne, aber diese Verhandlungsposition aus taktischen Gründen gegenüber den Sowjets nicht vorzeitig aufgeben solle.

Das BMV wies darauf hin, daß das Bestehen auf dem Junktim nur die Verhandlungen erschwere.

Beschluß:

Es wurde Übereinstimmung erzielt, daß die Verhandlungen nicht an dem Junktim scheitern sollten. Dem Kabinett soll vorgeschlagen werden, daß die Bundesrepublik auf das Junktim verzichten solle. Gleichzeitig soll jedoch auf die Bedenken des BMB hingewiesen werden. Zum Unterschied vom BMV vertrat das AA jedoch die Ansicht, daß man das Junktim aus taktischen Gründen zunächst aufrechterhalten solle.

Alle Anwesenden stimmten überein, daß die von den Sowjets aufgeworfene Frage der Diskriminierung nicht unnötig vertieft werden solle.

Das BMV als federführendes Ressort wird eine Kabinettsvorlage⁶ vorbereiten.⁷ Hiermit über Dg III A⁸ D III⁹ vorgelegt.

Soltmann

VS-Bd. 8351 (III A 4)

⁵ Zum Aide-mémoire, in dem sich die Bundesregierung zu einer baldigen Wiederaufnahme der Verhandlungen über ein Luftverkehrsabkommen bereit erklärte, vgl. Dok. 13, Anm. 2.

⁶ Für die Kabinettsvorlage des Bundesministers für Verkehr vom 2. Februar 1970 vgl. VS-Bd. 8351 (III A 4).

⁷ Am 5. Februar 1970 beschloß das Kabinett Richtlinien für die weiteren Verhandlungen mit der UdSSR über den Luftverkehr. Vgl. dazu Dok. 40, Anm. 5.

⁸ Hat Ministerialdirigent Robert am 3. Februar vorgelegen, der handschriftlich vermerkte: „Durch gestrige Direktorenbesprechung modifiziert (siehe) Aufz[eichnung] für heutiges Gespräch im B[undes]K[anzler]A[mt].“

⁹ Hat Ministerialdirektor Herbst am 3. Februar 1970 vorgelegen.

33

Gespräch des Staatssekretärs Bahr, Bundeskanzleramt, mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko in Moskau

Geheim

3. Februar 1970¹

Dolmetscherprotokoll über das zweite Gespräch zwischen Staatssekretär Bahr und Außenminister Gromyko am 3. Februar 1970

Teilnehmer auf sowjetischer Seite: Außenminister Gromyko, Stellv. Außenminister Semjonow, Leiter der Dritten Europäischen Abteilung Falin, Botschaftsrat Tokowinin, Botschaftsrat Krascheninikow, Herr Smirnow als Dolmetscher.

Teilnehmer auf deutscher Seite: Staatssekretär Bahr, Botschafter Allardt, VLR I Sanne, Botschaftsrat I Peckert, LR I Stabreit, Herr Weiß als Dolmetscher.

StS *Bahr* eröffnete das Gespräch mit der Bemerkung, er freue sich, daß „zwei unserer Minister“ in Essen ein gutes Abkommen unterzeichnet hätten.² Es handele sich um ein Abkommen mit Perspektive, das etwas davon deutlich mache, was wir uns vorstellten, wenn wir von Zusammenarbeit sprächen.

AM *Gromyko* antwortete, daß auch sowjetische Seite hinsichtlich dieses Abkommens Genugtuung empfinde und glaube, daß es einen guten Einfluß auf die beiderseitigen Beziehungen haben werde. Man möge daran erkennen, wie hoch man in der Sowjetunion die Bundesrepublik Deutschland einschätze.

StS *Bahr* fuhr sodann fort, es freue ihn, Herrn Semjonow zu sehen, der ihm als großer und berühmter Kenner Deutschlands bekannt sei.

Herr *Semjonow* antwortete hierauf, er freue sich, Herrn Bahr kennenzulernen.

StS *Bahr* führte sodann aus, AM *Gromyko* habe im letzten Gespräch³ gesagt, sowjetische Delegation wolle sich deutsche Argumente durch den Kopf gehen lassen und prüfen, was er gesagt habe. Er sei dankbar, wenn jetzt sowjetische Seite als erste etwas sagen könne.

AM *Gromyko* antwortete hierauf folgendes: Man sei dabei, die Positionen gegenseitig abzuklären. Dies sei sehr notwendig, wenn man verstehen wolle, woran man sei und welche Perspektiven sich ergäben. Aus dem, was in dem letzten Gespräch gesagt wurde, werde die deutsche Seite bereits eine Vorstellung davon haben, welche Bedeutung sowjetische Seite Grenzfrage beimesse. Sowjetische Seite könne sich ohne vertragliche Regelung dieser Frage schwer die Möglichkeit eines Erfolgs der Gespräche vorstellen. Eine gegenseitige Verständigung in Fragen der Grenzen und das Auffinden einer gemeinsamen Sprache würden eine solche Vereinbarung erleichtern. An sich sei über dieses Thema schon genug gesprochen worden. Doch sei es wohl von Nutzen, es noch einmal zu erwähnen, damit letzte Klarheit geschaffen werde.

¹ Durchdruck.

Vgl. zu dem Gespräch auch BAHR, Zeit, S. 291 f.

² Zu den Verträgen vom 1. Februar 1970 über die Lieferung von Erdgas und Röhren, die in Anwesenheit des Bundesministers Schiller und des sowjetischen Außenhandelsministers Patolitschew in Essen unterzeichnet wurden, vgl. Dok. 23, Anm. 1.

³ Für das Gespräch vom 30. Januar 1970 vgl. Dok. 28.

Er, Gromyko, wolle noch einmal unterstreichen, daß es für sowjetische Seite sehr wichtig sei, daß die Bundesrepublik Deutschland nicht nur Integrität und Unverletzlichkeit der Grenzen achte, sondern auch auf jegliche Absicht verzichte, die bestehenden Grenzen zu ändern. Dieser Frage komme eine große prinzipielle Bedeutung zu. Angenommen, Sowjets würden ein Abkommen unterschreiben, und deutsche Seite würde ein paar Wochen oder ein paar Monate später kommen und sagen: „Gut, wir haben eine Vereinbarung unterzeichnet, aber wir haben nicht auf die Absicht verzichtet!“ Welchen Wert würde eine solche Vereinbarung haben. Man könne kaum die Wichtigkeit dieser Argumentation verneinen, wenn man von den Interessen des Friedens in Europa ausgehe. In dieser Frage müsse volle Klarheit bestehen. Welche Form gefunden werde, um auszudrücken, daß die BRD nicht die Absicht habe, die Grenzen in Europa zu ändern, darüber könne man natürlich diskutieren. Sowjetische Seite habe den Eindruck, daß, wenn es deutscher Seite mit den Verhandlungen ernst sei, es hier ein weites Feld von Formeln gäbe, die deutscher Seite Genüge tun würden. Deutsche Seite könne doch nicht Sowjets in eine Lage bringen, in der sie heute ein Abkommen unterzeichneten, um sich morgen mit Territorialforderungen konfrontiert zu sehen. Man habe sowjetischerseits eine zu hohe Meinung von uns, um zu glauben, daß wir eine solche Lage wünschten. Er bäte Herrn Bahr darum, dem Bundeskanzler zu erklären, welche Bedeutung Sowjetunion und andere sozialistische Staaten dieser Frage beimäßen. Er wolle wiederholen, welche Formulierung man wähle, mit der Bundesrepublik auf Absicht verzichte, Grenzen zu ändern, das könne man verstehen. Aber die Formel müsse den Gedanken ausdrücken, über den bereits eine Verständigung vorliege. Was eine Formel anbeträfe, die Bundeskanzler benutzt habe, daß die Bundesrepublik Deutschland die Grenze zwischen der DDR und der BRD respektieren (važat') werde⁴, so habe er, Gromyko, dazu eine Frage gestellt, sei jedoch ohne Antwort geblieben.

Es gäbe einen zweiten Aspekt, der die Grenzen beträfe und über den Klarheit bestehen müsse. Aus allem, was deutsche Seite bisher gesagt habe, entnehme sowjetische Seite, daß wir dazu neigten, die konkrete Grenzfrage mit den jeweils einzelnen sozialistischen Ländern zu lösen und die allgemeine These zur Grenzfrage in voller Form in Abkommen mit der Sowjetunion zu verankern. Er glaube, daß die deutsche Seite aus den bisherigen sowjetischen Erklärungen hierzu bereits den Schluß gezogen habe, daß die sowjetische Seite hierbei von analogen Vereinbarungen ausgehen wolle, was jedoch nicht bedeute, daß sie identisch sein müßten, weil einzelne Abkommen spezifische Fragen regeln könnten. Wie das Abkommen zwischen der BRD und der UdSSR sollten jedoch auch die anderen Abkommen die gleichen Grundsatzfragen umfassen. Im Abkommen zwischen der BRD und der Sowjetunion sollte das Allgemeine, aber auch spezielle Fragen behandelt werden. Sowjetische Seite wäre dankbar, wenn deutsche Seite jetzt ihre Position hierzu erläutern könnte. Wir seien jetzt in dem Stadium, wo wir von allgemeinen Fragen zu den besonderen Fragen übergängen. Konkret wolle er die Frage stellen, ob es besser sei, die Grenzfrage in allgemeiner Form oder konkret zu regeln.

⁴ Vgl. dazu die Ausführungen des Bundeskanzlers Brandt am 14. Januar 1970 im Bundestag; Dok. 28, Anm. 11.

StS *Bahr* ergriff das Wort und drückte zunächst seine Genugtuung über die Art aus, in der AM Gromyko diese Frage angesprochen habe und die heutige Verhandlung führe. Er wisse dies zu schätzen. Auch er sei der Meinung, daß die Grenzfrage eine Kernfrage sei und volle Klarheit herrschen müsse. Er könne sich theoretisch vorstellen, daß man zu einem Abkommen gelange und es nach einer Woche verschieden interpretiere. Dies sei theoretisch möglich, würde jedoch von deutscher Seite äußerst dumm sein, denn man habe noch einen langen Weg mit der Sowjetunion vor sich. Was solle dabei herauskommen, wenn man mit kleinen Tricks anfange. Wolle man Vertrauen schaffen, dürfe man sich nicht auf so etwas einlassen. Man sollte vom Allgemeinen zum Besonderen gehen, von den Grenzen allgemein in Europa zu den besonderen Grenzen. Man werde dann feststellen, daß die Grenzen verschiedenen Charakter hätten, nicht politisch, sondern juristisch. Politisch seien wir uns einig, daß alle Grenzen geachtet werden müßten, ohne Unterschied. Die Grenze zwischen dem einen wie dem anderen Teil Berlins sei politisch ebenso unantastbar wie die Grenze zwischen der UdSSR und Finnland. Die Grenze zwischen der ČSSR und der BRD sei ebenso unantastbar wie die Grenze zwischen der BRD und der DDR, d.h. die Achtung der Grenzen müsse ungeteilt sein, die Grenzen müßten überall von gleicher Wirksamkeit und gleicher Verbindlichkeit sein. Insofern sei dies die Antwort auf die Frage nach dem Zitat des Herrn Bundeskanzlers, die Herr Falin neulich gestellt habe. Wir seien uns darüber im klaren, daß die Grenzen geachtet werden müßten. Das sei die politische Situation in Europa heute. Da könnten wir uns sehr schnell und leicht einigen. Es entspräche dies der anderen gemeinsamen Überzeugung, daß von deutschem Boden kein Krieg ausgehen dürfe. Wer die Grenzen mißachten wolle, könne dies nur durch Krieg. Er bitte nun darum, für einen Moment diese politische Seite zu vergessen. Wie sei die völkerrechtliche Situation. Die Grenze zwischen der Sowjetunion und Polen gehe uns nichts an. Die Grenze zwischen der DDR und Polen gehe genau genommen die BRD auch nichts an. Warum rede man aber dann über die Oder-Neiße-Linie. Man rede darüber, weil diese Grenze das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges sei und weil dieses Ergebnis völkerrechtlich eben nicht fixiert sei. Er, der Staatssekretär, kenne die sowjetische Auffassung über das Potsdamer Abkommen, aber wenn man sich vorstelle, daß im Potsdamer Abkommen der Satz über den Vorbehalt eines Friedensvertrages⁵ nicht drinstünde, so würde man hier nicht reden. Es würde sich dann um eine Grenze wie zwischen Österreich und der ČSSR handeln. Aber das stehe nun einmal im Potsdamer Abkommen drin und deshalb spräche man auch darüber. Die deutsche Seite wolle an der Kompetenz der Vier Mächte nichts ändern. Das gelte auch in unserem Verhältnis zu den Drei Mächten. Die Vertreter der drei Westmächte hätten politisch gesagt, die Grenze Polens solle dort bleiben, wo sie jetzt ist. Methodisch hätten sie uns im Generalvertrag gesagt, daß über die Grenzen erst in einem Friedensvertrag entschieden werde.⁶ Auf den ersten Blick handele es sich hier um einen Widerspruch. In Wirklichkeit liege jedoch kein Widerspruch vor. Das

⁵ Vgl. dazu Abschnitt IX des Kommuniqués vom 2. August 1945 über die Konferenz von Potsdam (Potsdamer Abkommen); Dok. 12, Anm. 26.

⁶ Vgl. dazu Artikel 7, Absatz 1 des Vertrags vom 26. Mai 1952 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten in der Fassung vom 23. Oktober 1954 (Deutschland-Vertrag); Dok. 16, Anm. 4.

politisch Entscheidende sei, daß die Grenze dort bleiben solle, wo sie jetzt ist. Das andere sei nur ein Festlegen, Festschreiben, Formalisieren. So sei die Situation, und die deutsche Seite wisse auch genau, daß sich an dieser Grenze nichts ändern werde. Wir wüßten nicht genau, ob es zu einer Wiedervereinigung komme, jedenfalls nicht, wann es zu einer Wiedervereinigung komme. Wenn jedoch, dann nur, wenn dann diese Grenze auch festgeschrieben werde.⁷ Es komme noch etwas hinzu. Wenn man mit vernünftigen Leuten rede – bei uns gebe es ja fast nur vernünftige Leute –, so würden diese einem sagen, daß das so ist. Er, Staatssekretär Bahr, könne jedoch leider nicht leugnen, daß es auch unvernünftige Leute gebe. Und die hielten sich fest an dem, was sie einen Rechtsstandpunkt nannten, am Potsdamer Abkommen. Jahre hindurch seien falsche Vorstellungen genährt worden, und auch Illusionen stellten Kräfte dar. Das laufe dann auf die Frage hinaus: Wie sage ich es meinem Kinde. Es sei völlig egal, welche Formel man gebrauche, die Sache, der Klapperstorch, bleibe. Man müsse eine Formel finden, die beiden Punkten gerecht wird. Er könne sich eine solche Formel vorstellen, und man könne darüber sprechen.

Eine zweite Besonderheit betreffe die Grenze zwischen DDR und der BRD. Auch für diese Grenze gelte die Achtung. Aber dies sei, soweit er sehen könnte, die einzige Grenze, von der beide Staaten in ihrer Verfassung sagten, sie solle weg. Das sei auch nicht schlimm, wenn es in der Verfassung stehe.

(Von sowjetischer Seite erfolgte hier der Einwurf, etwas Derartiges stehe nicht in der DDR-Verfassung.)

StS Bahr fuhr fort, es stehe auch bei uns nicht drin. Aber wir sagten, wir seien einzig demokratisch legitimiert in Deutschland, und die DDR sage, sie sei der einzige Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden. Beide Staaten seien darauf gerichtet, sich zu vereinigen. Jeder stelle sich darunter etwas anderes vor. Was trotzdem geschehen müsse, sei, daß die Grenze zwischen ihnen geachtet werde. Das müsse eine Form erhalten, die in Übereinstimmung stehe mit dem auf beiden Seiten vorhandenen Verfassungswunsch.⁸ Was die Vereinbarung mit den einzelnen Ländern anbetreffe, so müßten wir in der Tat die allgemeine Formel über die Achtung der Grenzen im Abkommen mit der UdSSR haben. Diese These sollte auch nach seiner Auffassung so sein, daß sie alle anderen bilateralen Abkommen decke, erfasse. Sie sollte aber Einzelpunkte der bilateralen Abkommen nicht aufführen.

Die sowjetische Seite habe beim vorigen Gespräch gesagt, es sei besser, die konkreten Punkte aufzuführen, weil es sicherer wäre. Die Befürchtung, daß das unsicher sei, könnten wir sowjetischer Seite nehmen. Er habe ein politisches Argument, warum er das nicht aufgeführt wissen wolle. Wir sollten anderen

⁷ Staatssekretär Bahr, Bundeskanzleramt, z. Z. Moskau, berichtete am 4. Februar 1970 ergänzend, der sowjetische Außenminister Gromyko habe ausgeführt, daß ihm die Formel, der Gewaltverzichtungsvertrag achte die Grenzen, der Friedensvertrag bestätige sie, „ganz gut“ gefalle: „Hier scheint eine Möglichkeit der Annäherung zu liegen. Es ist zweifelhaft, ob die sowjetische Seite bemerkt hat, daß unsere Formulierung von der Achtung der Grenzen durch die Bundesregierung nur diese bindet, einer friedensvertraglichen Regelung mit einer gesamtdeutschen Regierung jedoch nicht vorgreift. Ich habe diesen möglichen versteckten Dissens bisher nicht zur Sprache gebracht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 176; VS-Bd. 10069 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1970.

⁸ Vgl. dazu die Präambel sowie Artikel 23 des Grundgesetzes vom 23. Mai 1949 sowie die Präambel und Artikel 1 und 3 der Verfassung der DDR vom 6. April 1968; Dok. 12, Anm. 13.

Staaten nicht das Gefühl geben, als beschlössen wir über sie im voraus, insbesondere was Polen und die DDR anbetreffe. Er verstehe die Solidarität der Sowjetunion mit den sozialistischen Ländern. Wir kennten die besondere Rolle der Sowjetunion und wir respektierten sie. Deshalb brauchten wir eine Formel, die alles deckt, die allgemein verbindlich ist und zu der in bilateralen Abkommen konkrete Ergänzungen erfolgten. Was den zweiten Punkt anbetreffe, den Außenminister Gromyko erwähnt habe, so sei es auch seine Auffassung, daß man ähnliche Formeln finden sollte und die Verwandtschaft der Abkommen erkennen müsse. Das spare Arbeit.

AM *Gromyko* antwortete hierauf, die Teilnehmer des Potsdamer Abkommens hätten keinen Unterschied zwischen politischen und juristischen Grenzen gemacht. Es sei richtig, daß dort von den Möglichkeiten eines deutschen Friedensvertrages gesprochen wurde, aber inzwischen habe eine ganze Kette von Ereignissen stattgefunden, und es seien zwei souveräne Staaten entstanden. Offenbar hegten wir immer noch Illusionen. Wir sollten aus dem Potsdamer Abkommen nicht schlußfolgern, daß jemand – davon ausgehend – die Grenzfrage als ungelöst betrachte. Die sowjetische Seite sehe jedoch unsere Auffassung, daß der Gewaltverzicht die Grenzen achte, der Friedensvertrag sie bestätige und sehe in dieser unserer Auffassung ein positives Element. Wir sollten jedoch die Lage mit mehr Realistik betrachten. Wenn die deutsche Seite von dem Ziel einer Verbesserung der Beziehungen ausgehe, so brauche man nicht auf verschiedene Formulierungen zurückzugreifen.

Die Frage der Wiedervereinigung und die Frage der Grenzen seien voneinander verschieden, insbesondere, wenn man davon ausgehe, daß wir über einen Gewaltverzicht redeten. Beide Staaten könnten sehr wohl ihre Vorstellungen über eine Vereinigung haben, aber auch dritte Staaten könnten dies. Könne man aber daraus auf die Nichtachtung oder Nichtanerkennung der Grenzen zwischen Staaten schlußfolgern, das seien doch völlig verschiedene Fragen, besonders, wenn man die ganze Angelegenheit vom Standpunkt eines Gewaltverzichtes betrachte.

Er bat StS Bahr, nochmals zu überlegen, welche Formel gefunden werden könnte, die der Wirklichkeit und den Interessen des Friedens Rechnung trage und jede Änderung der Grenzen, auch die Absicht, die Grenzen zu ändern, ausschließe. Wir wüßten, daß in Westeuropa verschiedene Kreise und Staaten verschiedene Vorstellungen über Europa hätten. Auch in Afrika gebe es Vereinigungsprojekte. Auf der einen Seite wolle man die Grenzen achten, auf der anderen Seite wolle man sie ändern, achte sie also nicht. Das sei widerspruchsvoll. Die deutsche Seite solle der realen Lage Rechnung tragen, dann könne ein Abkommen abgeschlossen werden. Sowjetische Seite sehe in dem, was Bundeskanzler Brandt über die Respektierung der Grenzen im Bundestag gesagt habe, nur einen Sinn: Es gibt nur eine Achtung, Nichtachtung und Mißachtung.

Was den Inhalt der Abkommen anbetrifft, so sei sowjetische Seite nicht der Auffassung, daß in den bilateralen Abkommen mit den sozialistischen Staaten nichts Spezifisches sein solle. Alles Wesentliche müsse aber in allen Abkommen enthalten sein. Alles solle in einem Komplex entschieden werden. Er, Gromyko, dürfe der deutschen Seite gegenüber wiederholen, daß alle sozialistischen Staaten in den wesentlichen Fragen eine gemeinsame Position einnehmen.

Wenn wir zu einem Abkommen kämen, so würde das selbstverständlich die Abkommen mit anderen Ländern erleichtern.

StS *Bahr* antwortete hierauf, letzteres entspräche auch unseren Vorschlägen. (Einwurf Gromyko: Gut.) Mehrere Punkte seien jedoch nicht klar. Der Bundeskanzler habe gesagt, er wolle nicht mehr über Wiedervereinigung reden⁹, was er, der Staatssekretär, auch für vernünftig halte, weil – wenn man zuviel davon rede – falsche Vorstellungen erweckt würden. Er habe in den letzten zwei Jahren nicht so viel über Wiedervereinigung geredet wie in den letzten zwei Tagen. Er wolle Außenminister Gromyko recht geben: Beide Staaten sollten ihre eigenen Vorstellungen haben. Das müsse dann aber auch dazu führen, daß die Formel nicht verletzt werde, wenn man in beiden Staaten nicht aufhöre, von der Wiedervereinigung zu reden. Konkret gesprochen: Die Achtung der Grenze zwischen der BRD und der DDR dürfe uns nicht hindern, für die Vereinigung einzutreten. Wenn wir das bekämen, hätten wir die Wiedervereinigung.

AM *Gromyko* antwortete hierauf, Frage der Wiedervereinigung und Frage der Grenzen seien verschieden. Zukunftsvorstellungen dürften uns nicht hindern, Abkommen zu schließen. Wenn wir andererseits alle Fragen zusammenbänden, dann würde es sehr schwer, Fragen zu lösen. Er bäte uns darum, einen Schritt weiter zu machen und Lage noch einmal zu überdenken.

StS *Bahr* antwortete hierauf, er sei einig darin, daß jede Seite Ziele haben dürfe und man diese Ziele nicht in das jetzige Abkommen einbinden dürfe. Seine Frage gehe jedoch nicht auf die Zielvorstellungen des sozialistischen Lagers oder der westlichen Welt ein, dies interessiere ihn nicht. Seine Frage sei ganz zugespitzt auf die beiden deutschen Staaten. Diese beiden Staaten müßten ihre Grenzen achten, ohne ihre Ziele aufgeben zu müssen. Dies gelte nicht für den Gewaltverzicht zwischen der BRD und der Sowjetunion, der BRD und der ČSSR. Es handele sich hier um ein Stück der deutschen Besonderheit.

AM *Gromyko* antwortete hierauf, eine Hoffnung bestehe, und ein Abkommen dürfe niemandem das Recht nehmen, eine solche Hoffnung zu hegen. Bundeskanzler Brandt habe bereits einen Schritt in Richtung auf die Anerkennung der Realitäten getan. Warum gehe man nicht noch einen Schritt weiter? Wer würde dabei zu kurz kommen, doch nur die, die an einem ständigen Streit zwischen uns interessiert seien.

StS *Bahr* antwortete hierauf, er erläutere dies nur, damit wir uns auch über Motive und Absichten im klaren seien. Wenn er auf dem sowjetischen Stand-

⁹ Bundeskanzler Brandt erklärte in einem Interview zur Frage „But can there be real peace in Europe without German reunification?“, „I must confess that I have stopped speaking about *re*-unification. This *re*’ perhaps never was a very wise wording, because it gave many people the idea that it meant turning back to a certain point in the past: either Bismarck’s Reich or some other less agreeable phase of our history. Almost 25 years after the end of World War II, it is not a question of turning back. But it is a question of leaving a door open somewhere so that within a framework of changed conditions – conditions of co-operation instead of confrontation in Europe – all Germans could have a chance to decide to live and work together in another way than they do today – divided. This does not necessarily mean going back to the old-fashioned nation-state. There may also be other models by which one can reach a kind of union, a kind of being united as human beings bringing about solutions in the interest of human beings and of peace.“ Vgl. U.S. NEWS & WORLD REPORT vom 29. Dezember 1969, S. 29 f.

punkt stünde, so brauchte er über eine Wiedervereinigung nicht zu reden. Dies sei dann Sache der beiden deutschen Staaten.

AM *Gromyko* entgegnete hierauf, wir sollten uns diese Frage noch einmal gut überlegen. Wenn wir über Formeln und Klauseln eines Abkommens sprächen, so müsse über Motive und Absichten beider Seiten vollste Klarheit bestehen.

Was Westberlin angehe, so müsse auch hier volle Klarheit bestehen. Die sowjetische Seite sähe verschiedene positive Elemente in dem, was der Staatssekretär das letzte Mal gesagt habe. Er habe von der territorialen Integrität Westberlins gesprochen, daß die bestehenden Artikel der deutschen Verfassung suspendiert seien¹⁰, daß wir Westberlin nicht als zur Bundesrepublik zugehörig ansehen. Das seien natürlich positive Elemente. Praktisch führe jedoch die Politik der BRD zu Komplikationen der Lage in und um Westberlin. Das sei der sowjetischen Seite nun nicht ganz klar. Man glaube, daß das, was die BRD an Positivem aus ihrer Tätigkeit in Westberlin erhalte, vom Negativen weit überwogen werde. Die Tätigkeit der BRD in Westberlin vergifte die Beziehungen zwischen uns. Dies bedeute nicht, daß Sowjets der BRD das Recht absprächen, unter Berücksichtigung des besonderen Status Westberlins in normalen Formen und auf normaler Grundlage mit Westberlin Beziehungen zu unterhalten. Westberlin dürfe und könne mit allen Staaten normale Beziehungen unterhalten. Aber was BRD tue, so unterscheide sich dies von normaler Tätigkeit.

Er wolle die Gelegenheit dazu benutzen, uns mitzuteilen, daß die Sowjetunion bald eine Antwort auf die Note der Westmächte zur Westberlin-Frage¹¹ geben würde¹². Sie habe ihrerseits entsprechende Vorschläge unterbreitet¹³ und bei den zukünftigen Verhandlungen das Ziel, alle Ereignisse auszuschließen, die in und um Berlin zu Komplikationen führten.

StS *Bahr* antwortete hierauf, was den Charakter der Unterhaltung angehe, so sei klar, daß es sich um einen Meinungs austausch handele, denn die BRD habe in Westberlin nichts zu sagen. Bei dem Standpunkt, der oben vorgetragen worden sei, sehe er jedoch große Schwierigkeiten voraus. Er sage das in vollem Bewußtsein der Bedeutung seiner Worte: Eine selbständige politische Einheit Westberlin, quasi einen dritten Staat in Deutschland, werde es nicht geben, weil es niemanden gäbe, der das mitmache. Erst einmal machten die Drei Mächte es nicht mit. Die Berliner wollten es nicht, und von der Bundesregierung brauche er gar nicht erst zu sprechen. Man könne nicht auf der einen Seite sagen „Status quo“, und in Berlin solle der Status quo geändert werden. Der Status quo müsse auch in Berlin gelten, und zwar völkerrechtlich, aber auch in politischer Wirklichkeit.

Und hier dürfe man nicht Provokation nennen, was keine Provokation sein solle. Er habe schon am Freitag¹⁴ ein paar Fakten genannt, die, wenn man über Ber-

¹⁰ Vgl. dazu Ziffer 4 des Schreibens der Drei Mächte vom 12. Mai 1949; Dok. 12, Anm. 19.

¹¹ Zur Note der Drei Mächte vom 16. Dezember 1969 vgl. Dok. 2, Anm. 3.

¹² Zur sowjetischen Note vom 10. Februar 1970 an die Drei Mächte vgl. Dok. 51 und Dok. 55.

¹³ Am 12. September 1969 bekundete die sowjetische Regierung in einem Aide-mémoire die Bereitschaft zu Gesprächen über eine Verbesserung der Lage in und rund um Berlin (West) unter Voraussetzung der Berücksichtigung der Interessen der DDR. Vgl. dazu AAPD 1969, II, Dok. 287 und Dok. 290.

¹⁴ 30. Januar 1970.

lin spräche, berücksichtigt werden müßten. Dabei habe man vielleicht ein ganz ähnliches Ziel. Auch wir wollten nicht, daß Berlin zum Zankapfel werde. Man dürfe auch nicht eine Reihe von Gewaltverzicht machen und Berlin nicht mit einbeziehen. Berlin dürfe nicht der einzige Punkt bleiben, der weiter Ärger bereite. Es dürfte keine Komplikationen im zivilen Verkehr geben. Es dürfte keine Komplikationen geben im faktischen Einschluß Berlins in Verträge mit der Außenwelt. Es dürfte eigentlich auch keine Schwierigkeiten geben, weil Berliner mit westdeutschen Pässen reisten, ebensowenig wie es keine Schwierigkeiten gebe, weil Berlin keine eigene Währung habe.

Die Bundesregierung habe keine eigene Kompetenz in Berlin. Es sei Sache der Sowjetunion, sich mit den drei Westmächten zu einigen, wie diese dort ihre Gewalt ausübten. Wenn diese Verständigung erfolge, werde sich die Bundesregierung daran halten und jedermann könnte zufrieden sein. Dabei gehe er, StS Bahr, davon aus, daß die Sowjetunion sich mit der DDR konsultiere, genau so, wie wir uns mit den Drei Mächten konsultierten.

Wenn wir über einen Gewaltverzicht redeten, der theoretisch unbegrenzt sei, vielleicht könne er zwischen uns und der DDR befristet sein, in Anlehnung an eine Formel des Vertrages zwischen der DDR und der Sowjetunion.¹⁵ Er müsse dies selbst noch prüfen. Er stelle sich vor, daß die Lösung für Berlin jetzt auch unbefristet gefunden werde.

AM *Gromyko* antwortete hierauf, konkret stelle sich die Frage der Anwendbarkeit derjenigen Prinzipien, die jetzt in einem Gewaltverzicht ihren Niederschlag fänden, auf Westberlin. Weiter stelle er die Frage nach dem Alleinvertretungsanspruch. Es gebe die Erklärung von Bundeskanzler Brandt, aber er, StS Bahr, habe der sowjetischen Seite dazu nichts weiter gesagt. Das praktische Vorgehen der Bundesrepublik stimme nicht mit unseren Erklärungen überein. Er wolle fragen, ob wir ihm nichts zu diesem Punkt zu sagen hätten.

StS *Bahr* antwortete hierauf, es seien frühere Bundesregierungen gewesen, die den Alleinvertretungsanspruch aufgestellt hätten. Dies sei in Wirklichkeit das Schlagwort hinter einem Konzept gewesen. Das Konzept war: Anschluß der DDR an die Bundesrepublik. In dem Augenblick, in dem die Bundesregierung sage, daß auch die DDR ein Staat sei, von gleicher Staatsqualität wie die Bundesrepublik, könne es keine Anschlußtheorie mehr geben, also könne es auch keinen Alleinvertretungsanspruch mehr geben. Die Bundesrepublik sei souverän auf ihrem Territorium. Deshalb sprächen wir nicht mehr von Alleinvertretung. Aber die BRD sei auch nicht so masochistisch, daß sie die Alleinvertretung mit einem Staatsbegräbnis zu Grabe trage. (Einwurf *Gromyko*: „Ist das Staatsbegräbnis etwa mit großen Kosten verbunden?“ Antwort *Bahr*: „Vielleicht mit hohen politischen Kosten für die Bundesregierung. Ich habe noch nie gesehen, daß die Sowjetunion eine Politik bewußt aufgibt, sie macht einfach eine andere Politik. Ihre Frage hat mit Alleinvertretung nichts zu tun. Wenn ich es brutal ausdrücke: Wir sind genauso lange stur, wie die DDR stur bleibt.“)

AM *Gromyko*: Die DDR stellt keinen Alleinvertretungsanspruch.

¹⁵ Vgl. dazu den Vertrag vom 12. Juni 1964 zwischen der DDR und der UdSSR über Freundschaft, gegenseitigen Beistand und Zusammenarbeit; DzD IV/10, S. 717–723.

StS *Bahr*: Ich sage, wenn wir das Verhältnis zwischen der DDR und der BRD normalisieren, dann normalisiert sich auch unsere Haltung. Wir haben Vorleistungen erbracht. Wir haben bereits in der Regierungserklärung vom 28.10. erklärt, wir hätten nichts dagegen, wenn die Einwohner der DDR in den Genuß erhöhter kultureller und wirtschaftlicher Kontakte mit dem Ausland kämen.¹⁶ Wir haben den Worten Taten folgen lassen. Wir haben keinen Protest erhoben gegen das Fünfjahresabkommen der DDR und Großbritanniens¹⁷ und gegen das Abkommen mit Frankreich¹⁸.

(Gegenfrage *Falin*: „Aber im Falle Österreichs haben Sie protestiert.“¹⁹)

StS *Bahr* antwortete auf diesen Einwurf mit dem Berliner Sprichwort: „Immer langsam mit die jungen Pferde.“ Wenn beide Staaten ihr Verhältnis zueinander regelten, dann würde das Auswirkungen auf die Vertretung der DDR in den internationalen Organisationen bis hinein in die UNO haben. Ausgenommen sei Berlin.

Hierauf antwortete AM *Gromyko*: Theoretisch habe die BRD keine Ansprüche auf die Vertretung der DDR. Für die sowjetische Seite zähle nur die praktische Politik. Tatsächlich habe die Bundesrepublik ihre Politik nicht geändert. Man könne natürlich aufhören, eine Doktrin Doktrin zu nennen. Mit dem Hinweis, daß sich die Lage mit einer Normalisierung ändern werde, ändere sich jedoch in Wirklichkeit nichts. Unter Normalisierung könnte man viel verstehen. Zeitlich gesehen könnte man von Jahrzehnten sprechen. Er, Gromyko, wisse nicht, ob wir dies vorhätten, aber wir hätten ein düsteres Bild gezeichnet. Wir dächten in solchen Kategorien, die keine Änderung in dieser Frage erkennen ließen. Wir besprächen hier alle Fragen – Westberlin, Nichtverbreitung, Münchener Abkommen²⁰, Oder-Neiße – und dann werde auf einmal die Frage der Alleinvertretung herausgenommen, und es zeige sich, daß sich für weitere 20 Jahre nichts ändere.

StS *Bahr* antwortete hierauf, er glaube, daß AM *Gromyko* ihn besser verstanden hätte, als er vorgebe. Wenn nicht, so sei es seine, Bahrs, eigene Schuld. Auch er sehe die verschiedenen Fragen als miteinander verbunden an. Man könne nicht eine dieser Fragen herausnehmen und auf 20 Jahre aufschieben. Wenn wir nun diese Frage betrachteten, so würde sich fast automatisch ergeben, daß in dem

¹⁶ Bundeskanzler Brandt erklärte am 28. Oktober 1969 im Bundestag: „Unsere und unserer Freunde Einstellung zu den internationalen Beziehungen der DDR hängt nicht zuletzt von der Haltung Ostberlins selbst ab. Im übrigen wollen wir unseren Landsleuten die Vorteile des internationalen Handels und Kulturaustausches nicht schmälern.“ Vgl. BT STENOGRAPHISCHE BERICHTE, Bd. 71, S. 21.

¹⁷ Am 28. November 1969 schlossen die Kammer für Außenhandel der DDR und die Confederation of British Industry in London ein Handelsabkommen für den Zeitraum vom 1. Januar 1970 bis 31. Dezember 1972, in dem quantitative Einschränkungen für Importe aus der DDR aufgehoben wurden. Für den Wortlaut des Abkommens vgl. Referat II A 1, Bd. 1135. Vgl. dazu auch AAPD 1969, II, Dok. 373.

¹⁸ Am 28. Januar 1970 wurde in Paris ein Handelsabkommen zwischen der Kammer für Außenhandel der DDR und dem Services commerciaux français für den Zeitraum von 1970 bis 1974 unterzeichnet. Dieses sah für die Laufzeit eine Verdopplung der Handelsumsätze vor. Für den Wortlaut des Abkommens vgl. Referat III A 6, Bd. 408 b.

¹⁹ Die Kammer für Außenhandel der DDR und die Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft Österreichs paraphierten am 18. Februar 1970 in Wien ein Abkommen zur Errichtung einer Vertretung der Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft Österreichs in Ost-Berlin. Vgl. dazu den Artikel „Österreichische Handelsvertretung in Berlin“; NEUES DEUTSCHLAND vom 19. Februar 1970, S. 1.

²⁰ Für den Wortlaut des Münchener Abkommens vom 29. September 1938 vgl. ADAP, D, II, Dok. 675.

Maße, in dem wir Fortschritte erzielten, auch das Prestige und Gewicht der DDR wachse. Als Optimist sage er, das gehe in drei Monaten, als Realist sage er, es gehe auch in einem Jahr.

AM *Gromyko* antwortete hierauf, er wolle jedenfalls Herrn Bahr bitten, sich auch diese Frage noch einmal zu überlegen. Was die UNO-Satzung anbetreffe, so habe die deutsche Seite verschiedene Hinweise gegeben. Die Sowjets hätten nichts dagegen, sich in einem Abkommen auf die Gesamtheit der Satzung zu stützen. Es könnte festgelegt werden, daß beide Seiten sich von den Zielen und Prinzipien der UNO-Charta leiten lassen. Sowjetische Seite habe keine Angst vor Art. 2 der UNO-Satzung²¹, den sie mit formuliert habe. Sie habe auch nichts dagegen, einen allgemeinen Hinweis auf die UNO-Satzung einzufügen. Er, *Gromyko*, kenne keinen großen Vertrag der letzten Jahre, der nicht einen Hinweis auf die UNO-Satzung enthalte. Für die deutsche Seite habe dies ein doppeltes Interesse: Erstens würde die BRD sich genau wie die Sowjetunion und andere sozialistische Staaten verpflichten, sich von den Prinzipien der UNO-Satzung leiten zu lassen. Zweitens scheine in der Bundesregierung der Gedanke heranzureifen, daß beide deutsche Staaten in der UNO vertreten seien. Auch in dieser Hinsicht könnte ein solcher Passus nützlich sein.

Was die Europäische Sicherheitskonferenz anbetreffe, so habe die sowjetische Seite den Eindruck, daß die Bundesregierung Fortschritte, Erfolg oder Mißerfolg dieser Konferenz von Fortschritten in den jetzigen Gesprächen abhängig machen wolle. Das schade beiden Projekten. Das dürfe man nicht machen. Hinter dem Versuch, beide Dinge zu verbinden, sähe sowjetische Seite den Versuch, einen Kuhhandel zu schließen. Solche künstlichen Verbindungen könnten nur zu Komplikationen führen.

Außenminister *Gromyko* fuhr dann fort, man wisse auf sowjetischer Seite sehr gut, daß die Deutschen gute Erfahrung im Handel hätten und man versuche, bei den Deutschen zu lernen, wolle jedoch dies auf den Handel begrenzt sehen. Die sowjetische Seite wünsche nicht, daß ohnehin komplizierte Fragen noch weiterhin kompliziert würden.

Staatssekretär *Bahr* antwortete hierauf, was er jetzt sage, sage er ohne Dekkung, gleichsam auf eigene Kappe. Er könne sich vorstellen, daß der Hinweis in einem Abkommen, daß beide Staaten sich in ihren gegenseitigen Beziehungen von den allgemeinen Prinzipien der UN-Satzung lenken ließen, genügen würde. Die Opposition würde die Regierung natürlich fragen, hat die Sowjetunion damit auf Artikel 53/107²² verzichtet? Die Bundesregierung würde darauf antworten, nun, diese Artikel gebe es noch, aber es sei ein Fortschritt, daß, ähnlich wie im Verhältnis der Bundesrepublik zu den Drei Mächten, nun auch die Bundesrepublik und die Sowjetunion sich in ihren Beziehungen von den allgemeinen Prinzipien der UN-Satzung leiten ließen. Dann könnte man Artikel 2 der UN-Satzung vergessen. Er, Staatssekretär *Bahr*, müsse sich jedoch vorbehalten, daß seine Regierung ihn wegen dieses Standpunktes für verrückt erkläre.

Außenminister *Gromyko* antwortete hierauf, er würde anstelle der Bundesregierung antworten, man habe mit der Sowjetunion vereinbart, daß beide Staa-

²¹ Zu Artikel 2 der UNO-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. Dok. 12, Anm. 5.

²² Für Artikel 53 und 107 der UNO-Charta vom 26. Juni 1945 vgl. Dok. 12, Anm. 4.

ten sich von den Prinzipien und Zielen der UN-Satzung leiten lassen würden. Die Interpretation der UN-Satzung, eine sehr schwierige Aufgabe, sei ausschließlich Sache der UNO, ganz zu schweigen davon, daß in der UN-Satzung stehe, daß im Falle einer Kollision zwischen der Satzung und einem Vertrag die Satzung das Primat habe.²³ Er meine, man solle nicht allzu sehr in die Tiefe gehen und eine Formel finden, die alles deckt. Zum Beispiel, daß man für die Verteidigung des Friedens, die Achtung der Souveränität und der Sicherung der Rechte der größeren und kleineren Staaten sei.

Staatssekretär *Bahr* erklärte hierauf, Gromyko sei in einer besseren Position als er, da es in der Sowjetunion keine Opposition gebe. Wenn die Bundesregierung im Parlament gefragt werde, müsse sie schon etwas weiter gehen. Man müsse von vornherein alles, was einem einfalle, sagen, damit es keine Interpretationsschwierigkeiten gebe. Der wirkliche Punkt sei natürlich der, daß die Sowjetunion sich nach einem solchen Abkommen nicht mehr auf Artikel 53/107 berufe. Wenn dann die Frage der Aufnahme beider Staaten in die UNO in Frage stünde, würde es genügen, daß die Sowjetunion, wie die Drei Mächte im Westen, eine Erklärung abgibt, daß die Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die UNO nichts an den Rechten und Pflichten ändere, die die Sowjetunion im Hinblick auf ganz Deutschland mit den anderen Mächten habe.

Außenminister *Gromyko* antwortete hierauf, die Sowjetunion gebe bei der Aufnahme neuer Staaten in die UNO keine Erklärungen ab. Sie prüfe lediglich die Aufnahmefähigkeit des Staates und sage dann ja oder nein.

Staatssekretär *Bahr* unterbrach hier Außenminister Gromyko und wies ihn auf den Begleitbrief des sowjetischen UN-Delegierten Fjodorenko hin, in dem dieser die Aufnahme der DDR in die UNO befürwortete und sich nachdrücklich auf die Vier-Mächte-Vereinbarung berufen hatte.²⁴

Gromyko antwortete hierauf, die Sowjetunion gebe häufig größere Erklärungen zu der Aufnahme von Staaten ab, wie z.B. auch in der Frage der Aufnahme von Rotchina. Das würde jedoch nicht bedeuten, daß wir und die Sowjets einen breiten Strauß von Vorbehalten sammelten und die UNO darüber beschließe. Er kenne natürlich die Erklärung von Fjodorenko, aber das bedeute nicht, daß dieser oder jener Artikel der UN-Satzung durch Erklärungen in Frage gestellt würde. Dies könne kein Staat, auch keine Gruppierung von Staaten erreichen. Als er mit dem Bundeskanzler vor zwei Jahren in New York gesprochen habe²⁵,

²³ Vgl. dazu Artikel 103 der UNO-Charta vom 26. Juni 1945: „In the event of a conflict between the obligations of the Members of the United Nations under the present Charter and their obligations under any other international agreement, their obligations under the present Charter shall prevail.“ Vgl. CHARTER OF THE UNITED NATIONS, S. 697.

²⁴ Die DDR stellte am 28. Februar 1966 einen Antrag auf Aufnahme in die UNO. Vgl. dazu DzD IV/12, S. 246–253.

Am 7. März 1966 richtete der sowjetische Ständige Vertreter bei der UNO, Fjodorenko, ein Schreiben an den Präsidenten des UNO-Sicherheitsrats, El-Farra, in dem er den Antrag der DDR befürwortete: „Es sei daran erinnert, daß in das Potsdamer Abkommen eine Bestimmung aufgenommen wurde, die besagt, daß dem deutschen Volk zu gegebener Zeit Gelegenheit gegeben werden sollte, seinen Platz unter den freien und friedlichen Völkern der Erde einzunehmen. Die seitens einiger Länder geäußerte Behauptung, daß einer der beiden bestehenden deutschen Staaten das ganze deutsche Volk repräsentiert, ist rundweg unvereinbar sowohl mit der tatsächlichen Situation als auch mit den bestehenden internationalen Abkommen.“ Vgl. DzD IV/12, S. 302.

²⁵ Zum Gespräch des Bundesministers Brandt mit dem sowjetischen Außenminister Gromyko am 8. Oktober 1968 vgl. AAPD 1968, II, Dok. 328.

habe er ihm gesagt, man könne der Satzung nichts hinzufügen und nichts herausnehmen. Wenn man sich über bestimmte Artikel unterhalte, dann sei das alles verlorene Zeit. An der Satzung lasse sich nichts ändern. Man solle darüber gar nicht reden.

Staatssekretär *Bahr* antwortete hierauf, er sei für diese zusätzliche Erklärung sehr dankbar. Die UN-Satzung werde nicht geändert, und die Sowjetunion sei völlig frei in der Entscheidung, auf welchen Artikel sie sich gegebenenfalls berufe. Er wolle nur sagen, daß, wenn man hier von einer Normalisierung spreche, die Sowjetunion sich dann eben nicht mehr auf diese Feindstaatenartikel berufen dürfe.

Im übrigen wolle er noch ein paar Bemerkungen zum Thema ESK machen. Ihm liege sehr daran, daß die sowjetische Regierung den Standpunkt der Bundesregierung gut verstehe. Hier gehe es überhaupt nicht um einen Kuhhandel. Der sowjetische Standpunkt sei, daß man nicht zuviele Schritte auf einmal machen solle, daß man nicht die Tagesordnung zu sehr belasten solle. Wenn man jetzt sagen würde, die deutsche Frage solle auf einer ESK gelöst werden, würde das einer Torpedierung der Konferenz gleichkommen. Was bezwecke diese Konferenz: mehr Sicherheit in Europa, Schritte in Richtung auf eine Entspannung und Förderung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kooperation. Worüber redeten wir: Wir redeten über Themen, die nicht Thema der ESK sein könnten. Die Konferenz wäre damit überfordert, außerdem ginge es die Konferenz überhaupt nichts an. Wir versuchten hier, den Teil der Normalisierung in Europa zu machen, der nur durch uns gemacht werden könne. Wir machen auf einem Teilgebiet das, was auch die Konferenz macht, indem wir Sicherheit und Entspannung fördern. Wenn unser Bemühen scheitere, so scheitere ein Stück der Bemühungen um Sicherheit und Entspannung in Europa, das so wichtig sei, daß sich der sowjetische Außenminister die Zeit nehme, hier zu sitzen. Was wäre eigentlich eine solche ESK vor dem Hintergrund eines Scheiterns unserer Bemühungen. Man möge bitte auch den Zeitfaktor berücksichtigen. Man könne sagen, daß wir bald sehen würden, ob wir uns einigen könnten. Es entstehe damit gar nicht die Situation, in der die deutsche Seite eine Voraussetzung konstruieren könne. Er, Gromyko, kenne doch die Einstellung der drei Westmächte. Er sage ihm kein Geheimnis, wenn er ihn darauf hinweise, daß diese nicht begeistert von einer solchen Konferenz seien. Wenn die NATO-Ministerkonferenz das Thema wieder aufgenommen habe²⁶, dann liege das an der Bundesrepublik. Wenn wir uns hier einigten, dann habe die Bundesregierung ein starkes Argument, den Drei Mächten zu sagen: „Na, seht doch, es geht doch voran.“ Wenn wir scheiterten, würden die Drei Mächte sagen, „Habt Ihr denn einen Vogel? Was Euch am meisten interessiert, bekommt Ihr nicht und dann lauft Ihr da hin?“ Die öffentliche Meinung, die Parteien – auch die Regierungsparteien – würden dagegen sein. Man würde der Bundesregierung vorhalten, man habe im Osten nichts erreicht und sich nun auch noch mit den drei Westmächten zerstritten. Es sei nun einmal so, der Erfolg gebäre den Erfolg.

²⁶ Vgl. dazu Ziffer 14 der Erklärung der NATO-Mitgliedstaaten vom 5. Dezember 1969; Dok. 80, Anm. 5.

Zur NATO-Ministerratstagung am 4./5. Dezember 1969 in Brüssel vgl. AAPD 1969, II, Dok. 388.

Außenminister *Gromyko* bemerkte hierzu, der Gedankenkreis der drei Westmächte sei der deutschen Seite sicher besser bekannt als der sowjetischen. Aber die deutsche Seite könne ja dann auch auf die drei Westmächte Einfluß nehmen. Wenn die deutsche Seite eine positive Haltung einnehme, würde die Sowjetunion das natürlich auch positiv aufnehmen. Wenn nicht, würde man dies als alarmierend empfinden. Wir sollten nicht nur die Reaktion der Westmächte in Betracht ziehen, sondern auch die allgemeine Reaktion.

Staatssekretär *Bahr* antwortete hierauf, die Bundesregierung nehme eine positive Haltung zu dieser Konferenz ein. Vielleicht könne man in der Frage der Sicherheitskonferenz auch noch einmal zur Sache sprechen. Wir hätten eigene Konzeptionen und würden eine konstruktive und aktive Rolle spielen.²⁷

VS-Bd. 4625 (II A 4)

²⁷ Staatssekretär *Bahr*, Bundeskanzleramt, z. Z. Moskau, übermittelte am 3. Februar 1970 eine Einschätzung des Gesprächs: „Wir haben das erwünschte Stadium erreicht, in dem sich offenbar eine gewisse Flexibilität in Formulierungsfragen auf sowjetischer Seite ankündigt und die eigentlichen Entscheidungsfragen nahezu eingegrenzt sind. [...] Wir bitten dringend, es bei der bisherigen Sprachregelung zu belassen, d. h. von Meinungs Austausch zu sprechen. Wir haben hier den Journalisten gegenüber jede Auskunft zur Sache verweigert.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 172; VS-Bd. 10069 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1970.

Ergänzend berichtete *Bahr* am 4. Februar 1970: „Ich habe den Eindruck, daß Moskau unseren Standpunkt, die Grenzen unserer Möglichkeiten ziemlich genau kennt. *Gromyko* verliert den offiziellen Ton und wird geschäftsmäßig, argumentativ, zuweilen verbindlich. Theoretisch hat der Meinungs Austausch in einer ganzen Reihe von Punkten verbale Annäherung gebracht. Die erklärte Bereitschaft *Gromykos*, Formeln zu diskutieren, die für uns annehmbar seien, muß getestet werden, ehe ein sicheres Urteil möglich ist, ob es Sinn hat, über Texte zu verhandeln. Ich möchte es von dem Gespräch mit *Semjonow* morgen mittag abhängig machen, ob wir für Freitag um eine Zusammenkunft zu diesem Zweck bitten. Es ist nicht zu verkennen, daß in der Spitze ein intensiver Meinungs Austausch im Gange ist, der vielleicht noch ein paar Tage braucht. Jede falsche Äußerung aus Bonn, ganz besonders natürlich jede Indiskretion, kann hier viel kaputt machen. Weder Pessimismus noch Optimismus sind angebracht.“ Vgl. den Drahtbericht Nr. 176; VS-Bd. 10069 (Ministerbüro); B 150, Aktenkopien 1970.